Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich R.-M. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesenstr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheckk.: Hannover 22 539

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Nachrichten 10 Pfg. Stellengesuche 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall. Für die Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 173 — Dienstag, den 26. Juli 1932 — 114. Jahrgang

Das Reich und Preußen

Vorentscheid des Staatsgerichtshofs

Ablehnung der Anträge auf einstweilige Verfügung

In der Streitsache zwischen dem Lande Preußen und dem Deutschen Reich verkündete am Montag um 13,10 Uhr der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich als Entscheidung, daß die Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung abgewiesen werden.

Aus der Begründung

Zur Begründung der Entscheidung des Staatsgerichtes führte der Vorsitzende u. a. aus:

Daß der Staatsgerichtshof grundsätzlich für sich die Befugnis in Anspruch nimmt, im Laufe eines Verfahrens vorläufige Anordnungen zu treffen, ist wiederholt ausgesprochen worden. An dieser Auffassung hält der Staatsgerichtshof fest. Ueber die Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung kann der Staatsgerichtshof aber nur dann entscheiden, wenn und insoweit er für die Streitigkeiten, um die es sich bei dem Verfahren in der Hauptsache handelt, zuständig ist. Diese Frage der Zuständigkeit für die Hauptsache ist von amtswegen zu prüfen. Weiter wird festgestellt, daß die antragsstellenden preußischen Staatsminister in dem gegenwärtigen Streit das Land Preußen zu vertreten berechtigt sind. Allerdings seien sie ihres Amtes oder wenigstens ihrer Amtsfunktionen enthoben. Diese Enthebung aber sei erfolgt in Durchführung der Verordnung vom 20. Juli 1932, deren Rechtsgültigkeit im vorliegenden Verfahren zu klären sei.

Der Staatsgerichtshof habe, heißt es weiter, in seiner bisherigen Rechtsprechung die Auffassung vertreten, daß eine von ihm zu erlassende einstweilige Verfügung die endgültige Entscheidung nicht vorwegnehmen darf, da sie insbesondere nicht auf der Grundlage ergehen kann, daß der Staatsgerichtshof sich den Rechtsstandpunkt des einen oder des anderen streitenden Teiles zu eigen macht. Das Ziel einer solchen vorübergehenden Regelung sei, ein möglichst vereinfachtes, reibungsloses, die Belange beider Teile schonendes Verhältnis ihrer wechselseitigen Beziehungen bis zur Endentscheidung herbeizuführen. Angesichts dieses Zweckes einer einstweiligen Verfügung erscheint es nicht angängig, die von Preußen begehrte Verfügung entsprechend dem in der mündlichen Verhandlung neu formulierten Antrage neu zu erlassen.

Prüfe man diesen Antrag zunächst in seinen Einzelheiten, so könne kein Zweifel darüber bestehen, daß er darauf hinausläuft, die Regierungsgewalt in Preußen solle vorläufig zwischen den Reichskommissaren und den bisherigen Ministern geteilt werden. Die mündliche Verhandlung habe erst recht keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Teilung der Regierungsgewalt zwischen dem Reichskommissar und den jetzt klagenden preußischen Ministern der Sinn des Antrages sei. Das gehe mit besonderer Klarheit aus der Ziffer 3 hervor, die die Vertretung Preußens im Reichsrat den jetzt klagenden Ministern belassen wissen will. Sie strebe also an, die Gewalt des Reichskommissars wesentlich zu beschränken. Ebenso habe Ziffer 4 des Antrages wohl den Sinn, daß Beamtenernennungen und absetzungen nicht nur dem Reichskommissar entzogen, sondern auch den früheren Ministern belassen bleiben sollen.

Eine Prüfung der Frage, ob die begehrte Regelung geeignet sei, die von den Antragstellern beklagten Reibungen und Schwierigkeiten zu verringern, müsse ergeben, daß dieser Erfolg nicht zu erwarten ist, vielmehr eine solche Scheidung der Staatsgewalt im besonderen Maße geeignet sei, Verwirrung im Staatsleben herbeizuführen. Auch der Vertreter der Reichsregierung habe darauf hingewiesen, daß eine solche Aufteilung der Staatsgewalt nach Auffassung der Reichsregierung eine unerträgliche Lage herbeiführen würde. Der Staatsgerichtshof hat sich dann aber, wie auch in früheren Fällen, die Frage vorgelegt, ob er seinerseits irgendeinen Weg erkennen könne, um den von den Antragsstellern vorgebrachten Beschwerden abzuhelfen, ohne der Entscheidung in der Hauptsache vorzugreifen. Er vermag jedoch einen solchen Weg nicht zu sehen.

Gegenüber den Anträgen des Zentrums und der SPD. habe sich das Gericht vor der recht schwierigen Frage gesehen, ob diese beiden Parteien aktiv legitimiert sind, als Antragsteller aufzutreten. Es habe zu dieser Frage keine Stellung genommen. Es will die Entscheidung hierüber der Entscheidung zur Hauptsache vorbehalten, denn dieser Antrag der Fraktionen läuft darauf hinaus, die Anordnungen der Verordnung vom 20. Juli in ihrem wesentlichen Teil zu lähmen. Der Reichskommissar soll sich nach dem Antrage jeder Tätigkeit enthalten. Einen so weit gefaßten Antrag im Wege der einstweiligen Verfügung anzunehmen, würde aber gleichbedeutend sein mit einer Entscheidung in der Hauptsache.

Gerade weil der Staatsgerichtshof sich außerstande gesehen hat, dem Verlangen einer vorläufigen Regelung zu entsprechen, legt er besonderes Gewicht darauf, daß das Verfahren in der Hauptsache mit möglichster Beschleunigung durchgeführt wird und vertraut darauf, daß das nötige Material ihm mit der Beschleunigung zugeleitet wird, die der Sachlage entspricht.

Der Staatsgerichtshof verkennt aber auch nicht, daß auch bei dem besten Willen aller eine Entscheidung in der Hauptsache eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen muß. Wie lange der Zeitraum zu bemessen ist, so fuhr Dr. Bumke fort, vermag ich nicht zu sagen. Ich muß aber auf die Möglichkeit hinweisen, daß sich die Notwendigkeit ergibt, bestrittene Behauptungen tatsächlicher Art nachzuprüfen, selbst Ermittlungen anzustellen und selbst Beweise zu erheben. Ich hebe das hervor, um vor dem Glauben zu warnen, daß die Entscheidung nur eine Frage von Tagen sein könne. Das verwehrt sowohl die Art der Sache wie auch die Geschäftsordnung des Staatsgerichtshofes, an die er gebunden ist.

Von den Antragsstellern war nur Ministerialdirektor Dr. Badt zugegen, vom Reiche niemand.

Stimmen zur Entscheidung

Zu der Entscheidung des Staatsgerichtshofes schreibt die Köln. Zeitung u. a. man könne den klugen Entschluß des Staatsgerichtshofes im Interesse der rechtlichen und politischen Klarheit nur begrüßen. Das Vorgefecht — denn als solches stelle sich der Versuch, eine Vorentscheidung zu erlangen, dar — sei von den ehemaligen preußischen Ministern verloren worden. Das Hauptgefecht werde erst nach den Reichstagswahlen, am 5. August, ausgetragen oder womöglich wegen mangelnder Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes überhaupt nicht geliefert werden.

Das Berliner Tageblatt spricht von einem unerträglichen Schwebezustand, der jetzt fortdauern werde, und bedauert, daß der Staatsgerichtshof die staatspolitische Notwendigkeit, eine einstweilige Regelung für die Zeit bis zur endgültigen Entscheidung zu treffen, nicht über die formalen Bedenken gegen den Erlaß einer einstweiligen Verfügung gestellt habe. Das Blatt beschäftigt sich im einzelnen mit der Haltung des Ministerialdirektors Gottheimer, der ein ausgezeichneter Anwalt des Reichs gewesen sei, und meint, darin, daß das Reich lediglich die Berechtigung einer einstweiligen Verfügung bestritten habe, ohne auf die Dinge materiell einzugehen, habe sich zugleich die Schwäche seiner Position gezeigt.

Die Vossische Zeitung bezweifelt, daß irgendjemand, dessen Verantwortlichkeitsgefühl nicht völlig durch parteipolitische Voreingenommenheit getrübt sei, über dieses Urteil große Freude empfinden könne. Denn das Staats- und Rechtsgefühl des gesamten Volkes müsse aufs schwerste leiden, wenn es sich zeige, daß der höchste, zur Wahrung der Verfassung eingesetzte Gerichtshof resignieren müsse, sobald eine entschlossen zugreifende politische Macht rücksichtslos vollendete Tatsachen schaffe.

Die Deutsche Tageszeitung führt demgegenüber aus, mag das Urteil ausfallen, wie es will, das eine muß jedenfalls festgestellt werden; die politische Seite der Vorgänge hat ihre Klärung bereits gefunden. Wenn hier und da immer noch Bedenken föderalistischer Art gegen die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen erhoben werden, so kann man sich gerade als überzeugter Föderalist nicht scharf genug gegen diese Vermengung von rein parteimäßigen Gesichtspunkten mit staatspolitischen Fragen wenden.

Die Reichsregierung vor dem

Ueberwachungsausschuß

Erklärungen des Kanzlers, des Innen- und des Reichswehrministers

Zu der Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages, die am Montag um 14 Uhr begann, waren die Vertreter der Deutschnationalen, Nationalsozialisten, der Deutschen Volkspartei und des Landvolks wieder nicht erschienen, ebenso nicht die der Wirtschaftspartei, dagegen nahm Abg. von Lindeiner-Wildau (kons.) an der Sitzung wieder teil. Die drei Vertreter der Reichsregierung, Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister Schleicher und Reichsinnenminister von Gayl, deren Anwesenheit der Ausschuß gewünscht hatte, waren pünktlich zur Stelle. Mit ihnen erschien ein großer Stab von Ministerialbeamten, insbesondere die Sachreferenten der Ministerien für die einzelnen vom Ausschuß zu behandelnden Materien. Auch der Reichsrat war sehr zahlreich vertreten. Für das Reichstagspräsidium wohnte Vizepräsident von Kardorff der Sitzung bei.

Auf der Tagesordnung standen zunächst

die Anträge zu den Notverordnungen vom 20. Juli 1932

über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen und über den Ausnahmezustand. Der Zentrumsantrag verlangt die Aufhebung beider Notverordnungen. Der Antrag der Kommunisten fordert die Zurückziehung des Reichskommissars für Preußen und der kommissarischen preußischen Regierung, die Aufhebung des Belagerungszustandes, des Demonstrationsverbotes, der Besetzung der kommunistischen City-Druckerei in Berlin, des Verbots kommunistischer Zeitungen, Versammlungen, Plakate und Flugblätter. Der sozialdemokratische Antrag schließlich verlangt die Außerkraftsetzung der beiden Notverordnungen vom 20. Juli, stimmt also inhaltlich mit dem Zentrumsantrag überein.

Zunächst begründete Abg. **Dr. Breitscheid (Soz.)** die Anträge seiner Partei. Er vertrat die Rechtsauffassung, daß die Reichsregierung nach Art. 48 verpflichtet gewesen sei, dem Reichstag von den gegen Preußen gerichteten Maßnahmen Kenntnis zu geben. Auf eine amtliche Erklärung der Reichsregierung für das Eingreifen in Preußen warte man bis heute noch. Die Voraussetzung für das Einschreiten, nämlich die Pflichtverletzung der Landesregierung, sei nicht gegeben. Ganz abwegig sei aber, der früheren preußischen Regierung eine Verbundenheit mit den Kommunisten zu unterstellen.

Abg. **Dr. Wegmann (Zentr.)** vertrat den Standpunkt, daß der Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung nicht das Recht habe, mit sofortiger Wirkung die Aufhebung der Notverordnungen zu verlangen. Daher könnten die vorliegenden Zentrumsanträge nur den Sinn haben, aus rechtlichen und politischen Gründen das Verlangen an die Reichsregierung zu stellen, die Notverordnungen auf dem ihr möglichen Wege sofort außer Kraft zu setzen. Die notwendige Voraussetzung der Preußenaktion, daß die preußische Regierung sich einer Pflichtverletzung schuldig gemacht habe, sei bisher von der Regierung noch nicht mit Material belegt worden. Wenn tatsächlich nachgewiesen werden könne, daß hohe Funktionäre der preußischen Staatsregierung mit den Kommunisten in Verbindung standen hätten, um politische Komplotte zu schmieden, dann wäre das Zentrum die erste Partei, die eine sofortige Abberufung solcher Leute verlange. Der Redner bedauerte sodann, daß durch die militärischen Zwangsmaßnahmen und die durch Militärpersonen vorgenommenen Verhaftungen das Ansehen der Reichswehr gelitten habe. Bezüglich der Aufhebung des SA.-Verbotes erklärte der Redner, daß diese Maßnahme verheerend für die öffentliche Ruhe und Sicherheit gewirkt habe, und daß die Reichsregierung den Mut haben möge, ihren Irrtum einzusehen und die Maßnahmen rückgängig zu machen.

Abg. **Ulbricht (Komm.)** polemisierte gegen die Sozialdemokraten, die sich seiner Ansicht nach als Diener der Papenregierung erwiesen, indem sie den gewaltsamen Kampf der Arbeiterschaft und den Generalstreik gegen die Reichsregierung verhinderten.

Abg. **Dr. Pfleger** (Bayer. Vp.) vertrat den Standpunkt, daß über die Rechtmäßigkeit der Notverordnungen lediglich gerichtliche Instanzen entscheiden könnten. Der Ausschuß habe lediglich die Legitimation, an die Reichsregierung das Verlangen zu stellen, die Verordnungen aufzuheben.

Nachdem **Reichskanzler von Papen** auf verschiedene Bemerkungen der Vorredner kurz geantwortet hatte, erklärte

Reichsminister des Innern Freiherr von Gayl:

Der „Ausschuß für die Wahrung der Rechte der Volksvertretung" ist weder ein Organ des

Das „Vertrauensabkommen"

Beteiligung Deutschlands am Meinungsaustausch

Das Wolffbüro meldet aus Berlin, 25. Juli:

Wie wir von unterrichteter Seite hören, hat die Reichsregierung in der Angelegenheit des sogenannten Vertrauensabkommens auf Grund der von ihr eingezogenen Erkundigungen der britischen Regierung nunmehr mitteilen lassen, daß sie bereit sei, sich gemäß der englisch-französischen Erklärung vom 13. Juli in den eintretenden Fällen an einem offenen Meinungsaustausch über die in der Erklärung erwähnten europäischen Fragen zu beteiligen. Eine entsprechende Mitteilung geht auch der französischen Regierung zu, die inzwischen gleichfalls an die Reichsregierung die Aufforderung zum Beitritt zu der Erklärung gerichtet hat.

*

Zu der Erklärung der Reichsregierung wird von zuständiger Stelle erklärt, die Erkundigungen und Rückfragen der deutschen Regierung haben ergeben, daß weder eine Aufrollung der interalliierten Schuldenfrage, noch sonst irgendeine Frontbildung gegen Amerika in Frage kommt.

Im übrigen wird in politischen Kreisen mit Nachdruck betont, daß diese Bereitschaftserklärung, an einem offiziellen Meinungsaustausch teilzunehmen, in keiner Form eine erneute politische Verpflichtung Deutschlands darstellt.

aufgelösten Reichstages, noch ein Organ des künftigen Reichstages, sondern ein selbständiges, von der Verfassung eingesetztes [illegible]henorgan zwischen zwei Wahlperioden. E[illegible]t tatsächlich als eine Art Ersatzreichstag an die Stelle des aufgelösten Reichstages. Er ist nach Art. 35 der Reichsverfassung zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Reichsregierung berufen, nicht etwa zur „Wahrnehmung" dieser Rechte. Seine Hauptaufgabe ist also die Abwehr etwaiger Eingriffe der Reichsregierung in die Rechte der Volksvertretung. In Erfüllung dieser Aufgabe kann der Ausschuß Beschlüsse des künftigen Reichstages vorberaten und vorbereiten, Feststellungen treffen und Erklärungen abgeben. Ein Anteil an der vollziehenden Gewalt steht ihm nicht zu, ebenso wenig etwa eine Aufsicht über die Reichsregierung. Letztere ist ihm nicht verantwortlich. Maßnahmen des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung, von denen der Reichspräsident dem Reichstage unverzüglich Kenntnis zu geben hat, werden dem Zwischenausschuß nicht zur Kenntnis gebracht. Der Zwischenausschuß hat auch nicht das Recht, die Außerkraftsetzung von Maßnahmen des Reichspräsidenten oder von Maßnahmen der Landesregierung zu verlangen. Dies alles ist langjährige Staatspraxis und von der Staatsrechtswissenschaft grundsätzlich anerkannt. Die Reichsregierung steht mit dieser Stellungnahme grundsätzlich auf demselben Boden wie die früheren Reichsregierungen.

Die Wahlfreiheit wird gesichert

Auf Anfragen des Abg. **Wegmann (Zentr.)** erklärte

Reichskanzler von Papen, die Reichsregierung werde die Wahlfreiheit für den 31. Juli in jeder Richtung sichern.

Abg. **Esting (Zentr.)** bedauerte, daß die Reichsregierung eine sachliche Beratung hier ablehne. Weite Kreise des friedliebenden deutschen Volkes hätten erwartet, von dem Reichskanzler zu hören, welche Maßnahmen er ergreifen wolle, um die Bürgerkriegsmethoden der Rechten und der Linken zu verhindern. Werde die Reichswehr auch gegen die Nationalsozialisten vorgehen, wenn die Nationalsozialisten, wie sie es immer andeuten, sich eines Tages mit Gewalt in den Besitz der Macht zu setzen versuchen wollten? (**Reichswehrminister von Schleicher ruft:** Selbstverständlich!) Es sei ein ganz unmöglicher Zustand, daß auf Grund unkontrollierbarer Zeitungsmeldungen Männer verhaftet und Parteihäuser besetzt würden.

Reichskanzler von Papen

wiederholte, daß die Reichsregierung jede Ausschreitung, gleichgültig von welcher Seite sie komme, verurteile. Im übrigen sei es Sache der Länderregierungen, Ausschreitungen zu verhindern. Die Reichsregierung habe jedenfalls alle Anordnungen getroffen, um die Wahlfreiheit nach jeder Richtung hin zu sichern.

Abg. **Hoegner (Soz.)** führte gegenüber der Erklärung des Reichsinnenministers aus: Der Ausschuß habe wohl das Recht, von der Reichsregierung die Aufhebung der auf Grund von Art. 48 erlassenen Notverordnungen zu verlangen.

Abg. **Wegmann (Zentr.)** legte gegen die Auffassung der Reichsregierung über die Rechte des Ausschusses Protest ein.

Reichswehrminister von Schleicher

brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, daß die Reichswehr in die Ereignisse der letzten Tage hineingezogen werden mußte. Besonders General von Rundstedt bedauerte dies. Wenn aber einmal derartige Maßnahmen notwendig gewesen seien, dann seien unter Umständen scharfe Maßnahmen nicht zu vermeiden. Bei Zeitungsverboten sei General von Rundstedt stets besonders zurückhaltend. Bezüglich der Schutzhaftfälle werde das Material der zuständigen gerichtlichen Stelle überwiesen werden und damit dem Bereich der Militärgewalt entzogen.

Mit aller Deutlichkeit erklärte der Reichswehrminister, daß es die Wehrmacht niemals zulassen werde, mit irgend jemand, wer auch immer es sei, die ihr zugewiesenen verfassungsmäßigen Rechte zu teilen, und gegen diejenigen vorgehen werde, die sich ähnliche Funktionen anmaßen sollten.

Vor der Abstimmung erklärte Abg. **Dr. Wegmann (Zentr.)**, daß sich er und seine Freunde bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag der Stimme enthalten werden, da die Frage der Zuständigkeit des Ausschusses über die Wirkung dieses Antrages umstritten sei.

Abstimmungen

Darauf wurde bei Stimmenthaltung des Zentrums einstimmig der sozialdemokratische Antrag angenommen, wonach der Ausschuß von der Reichsregierung verlangt, die Notverordnungen vom 20. Juli 1932 betreffend Einsetzung eines Reichskommissars für das Land Preußen sowie Verhängung des Ausnahmezustandes für Großberlin und die Provinz Brandenburg außer Kraft zu setzen.

Abg. von Lindeiner-Wildau (kons.) war bei dieser Abstimmung nicht mehr anwesend.

Der Zentrumsantrag, der die Aufhebung dieser beiden Notverordnungen verlangt, wurde gleichfalls einstimmig angenommen.

Bei Stimmenthaltung der Zentrumsabgeordneten wurde ferner ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach von der Reichsregierung verlangt wird, die Notverordnungen vom 8. Juni und 14. Juni 1932 gegen politische Ausschreitungen außer Kraft zu setzen.

Der Zentrumsantrag, der die Aufhebung dieser beiden Notverordnungen verlangt, wurde ebenfalls, und zwar einstimmig, angenommen.

Auch ein Antrag des Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Vpt.) fand Annahme, wonach von der Reichsregierung die Außerkraftsetzung der Notverordnung gegen politische Ausschreitungen vom 28. Juni 1932 verlangt wird. Auch hier enthielten sich die Zentrumsvertreter der Stimme wegen des grundsätzlichen Standpunkts hinsichtlich der Zuständigkeit des Ausschusses.

Angenommen wurde ein kommunistischer Antrag, wonach alle durch Reichsregierung und Länderregierungen getroffenen Maßnahmen, durch die die Wahlfreiheit eingeschränkt oder sogar völlig beseitigt wird, mit sofortiger Wirkung aufzuheben sind.

Schließlich wurde ein weiterer kommunistischer Antrag angenommen, der besagt, daß die auf Anweisung des Generalkommandos Berlin erfolgte Besetzung der City-Druckerei sowie das Verbot der Hauswache im Karl-Liebknecht-Haus mit sofortiger Wirkung zurückzuziehen sind.

Einstimmig angenommen wurde auch ein Zentrumsantrag, der die Reichsregierung ersucht, angesichts der zunehmenden Verrohung und Verwilderung des politischen Kampfes die Wahlfreiheit für die am 31. Juli 1932 anstehende Reichstagswahl unbedingt und nach jeder Richtung zu

Die vertagte Abrüstung

Die Schlußresolution war „ein Betrug am guten Glauben"

Henderson unzufrieden

In einem Interview hat der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, seiner Unzufriedenheit mit dem bisherigen Ergebnis der Abrüstungskonferenz und der Entschließung deutlichen Ausdruck verliehen.

Er erklärte: „Ich kann nicht behaupten, daß ich mit dem Ergebnis, das auf der Abrüstungskonferenz erzielt wurde, zufrieden bin. Allerdings wäre es falsch, zu behaupten, daß die von der Konferenz angenommene Entschließung überhaupt nichts Wertvolles enthielte. Der Teil, der sich mit der Luftabrüstung beschäftigt, ist in der Tat von größter Bedeutung. Wir sind berechtigt zu der Feststellung, daß die Konferenz einen entschiedenen Schritt in der Richtung auf eine drastische Luftabrüstung einschließlich der Verhinderung des Bombenabwurfes gemacht hat. Auf allen übrigen Gebieten ist die Entschließung aber ohne Frage völlig unbefriedigend. Die Hauptaussprache der letzten Tage offenbarte denn auch mit aller Deutlichkeit, daß nach allgemeiner Ansicht die Konferenz nach ihrem Wiederzusammentritt durchgreifender sich mit den ihr obliegenden Aufgaben befassen muß, als sie bislang imstande war.

Die Aussprache ließ klar erkennen, daß die Regierungen der Hauptmächte, die im Besitz der größten Rüstungen sind, viel mehr tun müssen als bisher, um dies allgemeine Gefühl in praktisch wirksame Entscheidungen umzusetzen. Geschieht dies nicht und ist die Konferenz nicht imstande, zu einer Einigung über einen endgültigen Vertrag zu kommen, so wäre das ein glatter Fehlschlag mit all den verhängnisvollen Folgen, die ein solcher Fehlschlag nach sich ziehen muß.

Wichtiger denn je bleibt für die öffentliche Meinung die Aufgabe, den Regierungen klarzumachen, daß die Völker zur Durchführung aller Maßnahmen bei der Abrüstung bereit sind, mögen sie auch noch so drastisch sein. Zu diesen Maßnahmen gehören die im Hoover-Plan vorgeschlagenen ebenso wie jene, durch die jene gerechtfertigt wird, auf die die Regierungen der besiegten Völker vertrauten, als sie den Versailler Vertrag unterzeichneten."

Englische Blätter haben wenig Hoffnung!

Zur Vertagung der Abrüstungskonferenz sagt **Daily Telegraph**, wenn man sich vor Augen halte, daß die Konferenz ein halbes Jahr lang an der Arbeit war, nachdem die Vorbereitende Kommission bereits sechs Jahre gebraucht hatte, um einen Abrüstungsplan aufzustellen, dann sei die Hoffnung nicht sehr groß, daß in den wenigen Monaten bis zum Wiederzusammentritt der Konferenz eine Lösung der so lange Zeit vergeblich untersuchten Probleme gefunden werden könnte. **Morning Post** schreibt: Bevor es zur Abrüstung kommt, muß erst einmal der Wille zum Abrüsten vorhanden sein. Die Genfer Konferenz zeigt aber deutlich, daß dieser Wille sehr wenig entwickelt ist.

Die Italiener nennen es „Bankerott"

Die Tagung der Abrüstungskonferenz wird in den maßgebenden oberitalienischen Blättern außerordentlich pessimistisch beurteilt. In einem Artikel des römischen Korrespondenten der Turiner **Stampa** wird unter der Ueberschrift „Bankerott" ausgeführt, die Schlußresolution sei tot, bevor sie überhaupt das Licht erblickt habe. Niemand könne mit den Verschleierungsversuchen über diese Fehlgeburt getäuscht werden. Auch die Frage, ob das Hauptkriterium einer tatsächlichen Herabsetzung der Rüstungen irgendwie einen Schritt vorwärts gekommen sei, könne nur mit Nein beantwortet werden. Dadurch, daß die Konferenz nichts Ernsthaftes getan habe, habe sie ihr eigenes Todesurteil ausgefertigt. Die Festsetzung eines Datums für die Wiedereröffnung der Konferenz in sechs Monaten erscheint dem Korrespondenten bei der heutigen politisch und wirtschaftlich unsicheren und raschlebigen Zeit geradezu widersinnig. Der Korrespondent glaubt zwar an der Taktik Deutschlands bei den Abrüstungsverhandlungen einige Kritik üben zu müssen, betont demgegenüber aber, es sei unausbleiblich gewesen, daß schließlich die „Substanz der deutschen These brutal in die Erscheinung treten mußte". Der römische Korrespondent des **Popolo d'Italia** sagt, die Schlußresolution sei ein Betrug am guten Glauben der Weltöffentlichkeit und ein schmähliches Bekenntnis schlechten Willens. Das Unvermögen, das aus dieser Schlußresolution spreche, gebe dieser geradezu den Charakter einer betrügerischen Bankerotterklärung. Aus diesen Gründen und aus keinem anderen habe Italien, das in den großen außenpolitischen Fragen, so auch in der Abrüstungsfrage, eine vollkommen geradlinige Politik eingehalten habe, der Schlußresolution seine Zustimmung versagen müssen.

„Vollständiger Mißerfolg" sagt de Brouquere in der Interparlamentarischen Union

Die Interparlamentarische Union nahm zu den bisherigen Ergebnissen der Abrüstungskonferenz Stellung. Es wurde eine Resolution vorgelegt, in der erklärt wird, daß die Ergebnisse des ersten Tagungsabschnittes weit davon entfernt sind, die Hoffnungen der Völker zu befriedigen. In der Aussprache übte der belgische Delegierte Senator de Brouquere, der Belgien auch auf der Abrüstungskonferenz vertreten hat, geradezu vernichtende Kritik an den Arbeiten des ersten Tagungsabschnittes der Konferenz. Er erklärte, die Resolution des Hauptausschusses vom 23. Juli stelle einen eklatanten und vollständigen Mißerfolg der Konferenz dar.

Und Frankreich rüstet!

Die Befestigung seiner Ostgrenze

Ueber die Befestigungen an der französischen Ostgrenze machte der Abgeordnete Lamoureux, wie dem „Temps" aus Moulins berichtet wird, sehr interessante und charakteristische Ausführungen.

Lamoureux, der Generalberichterstatter des Budgets im Finanzausschuß der Kammer ist, befindet sich zurzeit auf einer Besichtigungsreise durch die Befestigungswerke in der Gegend von Metz. Sein erster Eindruck, führte er u. a. aus, sei, daß die Befestigungen prachtvoll ausgeführt und ausgedacht seien. Frankreich habe mit dem Bau dieser Befestigungen eine in der Geschichte der Völker beispiellose Leistung vollbracht, deren einzigartige Bedeutung besonders bemerkenswert erscheine, wenn man die Schwierigkeiten bedenke, die sich der Ausführung entgegengestellt hätten.

Das Befestigungssystem an der Ostgrenze sei, so fügte er zur Beruhigung seiner auf die Sicherheit noch immer bedachten Landsleute hinzu, unüberwindlich. So stark, so mutig und so hartnäckig das deutsche Heer auch sein möge, es werde im gegebenen Falle an den Verteidigungswerken zerschellen. Auch die stärkste Artillerie könne ihnen nichts anhaben. Der Feuerwirkung der eigenen Artillerie könne kein Angreifer widerstehen, denn die Maschinengewehre und Kanonen seien ausgezeichnet eingespielt und das ganze System aufs stärkste ausgebaut. Frankreich sei durch diesen Festungsgürtel gegen einen Einfall, wie den des Jahres 1914, vollkommen gesichert. Nicht nur die natürliche Beschaffenheit, sondern auch, so schloß Lamoureux seine Betrachtungen, der Zweck der Befestigungswerke dokumentiere eindeutig den Verteidigungswillen Frankreichs.

Lamoureux hält es also nicht nur interessanterweise für angebracht, auf den starken Aktivwert der ungeheuren Befestigungen hinzuweisen, sondern auch für geboten, den Wert dieser Befestigungen am Beispiel eines deutschen „Angriffs" zu demonstrieren. Lamoureux, der als Generalberichterstatter im Finanzausschuß eine politisch immerhin nicht unbedeutende Rolle spielt, täte gut daran, sich etwas mehr mit der deutschen Mentalität zu befassen, um sich von der Haltlosigkeit seiner Thesen zu überzeugen. Das hieße zwar für ihn, auf eine allzu bequeme Rechtfertigung der außerordentlichen Aufrüstung Frankreichs an der Ostgrenze verzichten. Aber er würde dann doch wenigstens der wahren Sachlage, nämlich dem unbedingt friedfertigen Geist Deutschlands, gerecht

Aus Berlin, 25. Juli, schreibt das Contibüro: In hiesigen politischen Kreisen finden die Erklärungen des französischen Generalberichterstatters im Finanzausschuß der französischen Kammer, Lamoureux, starke Beachtung. Man fragt sich, angesichts der Darstellung Lamoureux' über die „prachtvoll ausgedachten und ausgeführten" Befestigungen an der französischen Ostgrenze, warum denn eigentlich Frankreich immer wieder erneut seine Sicherheitsforderung erhebt angesichts der Tatsache, daß es, wie aus den Ausführungen Lamoureux' doch ganz eindeutig hervorgeht, diese Sicherheit in ausgedehntestem Maße besitzt.

Dienstag Aufhebung des Ausnahmezustandes

Nach einer Contimeldung ist die Aufhebung des Ausnahmezustandes bestimmt für Dienstag zu erwarten. Es bestätigt sich, daß das Reichskabinett beschlossen hat, dem Reichspräsidenten einen entsprechenden Vorschlag zu machen.

Das Reichskabinett

ist Montag vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, in der neben der Berichterstattung des Reichskanzlers über die Stuttgarter Länderkonferenz und einer Besprechung der Tagung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages auch die wirtschaftlichen Aufgaben der Reichsregierung auf der Tagesordnung standen.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen wird von unterrichteter Seite betont, daß in dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung nichts von irgendwelchen Zwangsanleiheplänen enthalten ist. Im übrigen trifft es, so berichtet das Contibüro, auch nicht zu, daß der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht als Reichskommissar oder als Treuhänder der Reichsregierung für die Gelsenkirchener Bergwerks-Angelegenheit eingesetzt werden soll. Allerdings wird die Reichsregierung die ganzen in der letzten Zeit erfolgten Reichsbeteiligungen an den verschiedenen Betrieben in den Kreis ihrer Beratungen einbeziehen.

Beamte und NSDAP.

Der kommissarische preußische Minister des Innern hat nach einer Wolffmeldung dem preußischen Staatsministerium eine Vorlage gemacht wonach der Beschluß des preußischen Staatsministeriums vom 25. Juni 1930 insoweit aufgehoben wird, als er die Teilnahme von Beamten an der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei verbietet.

Otto Braun antwortet dem Reichskanzler

Die „Montagspost" veröffentlicht einen Brief des früheren preußischen Ministerpräsidenten Dr. h. c. Otto Braun an den Reichskanzler von Papen, in dem der Ministerpräsident auf das Schreiben des Reichskanzlers vom 21. Juli antwortet. Braun nimmt zunächst zu der vom Kanzler gegebenen rechtlichen Begründung seines Schrittes Stellung, wobei er nochmals Verwahrung gegen das Vorgehen der Reichsregierung einlegt. Am Schluß seines Briefes gibt Braun dem Wunsche Ausdruck, seine Stellungnahme im Rundfunk ebenfalls darlegen zu dürfen

Personalveränderung auch unter den preußischen Landräten?

Wie das Contibüro erfährt, beschäftigt sich der stellvertretende Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, gegenwärtig mit der Frage, ob auch unter den preußischen Landräten unaufschiebbare Personalveränderungen vorgenommen werden müßten. Wenn in einem Berliner Vormittagsblatt davon die Rede sei, daß weitere Personalveränderungen in Preußen nicht in Frage kämen, so beziehe sich dies, wie von zuständiger Stelle betont werde, lediglich darauf, daß die erste Prüfung der Personalangelegenheiten der leitenden preußischen Verwaltungsbeamten, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten zunächst abgeschlossen sei.

Dr. Bracht hat, wie das genannte Büro weiter erfährt, die Aufhebung der Immunität des Landrates Hausmann beantragt, gegen den ein Verfahren wegen Beschimpfung der alten Armee eingeleitet werden soll. Landrat Hausmann war seinerzeit Mittelpunkt einer heftigen Auseinandersetzung der Oeffentlichkeit, in der ihm der Vorwurf gemacht wurde, daß er in einer öffentlichen Wahlrede herabwürdigende Aeußerungen über die alte Armee getan habe

Wieder englisch-irische Verhandlungen

Londoner Blättern zufolge hat die Regierung des irischen Freistaates entgegen den Erwartungen bis Sonntag abend noch keine Erhebung von Einfuhrzöllen auf britische Waren angeordnet, obwohl das einschlägige Gesetz seit Sonnabend in Kraft ist. In Dublin sind Gerüchte in Umlauf, daß hinter den Kulissen Besprechungen wegen Wiedereröffnung der englisch-irischen Verhandlungen im Gange seien.

Nr. 173 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Dienstag, den 26. Juli 1932

Aus der Stadt

Auto fährt in Ausflüglergruppe

Am Sonntag abend gegen 9 Uhr fuhr ein mit Soester Feuerwehrleuten besetztes Auto auf der Straße Soest—Hiddingsen, oberhalb des nach der Windmühle führenden Weges, in eine Gruppe von Ruploh kommender Ausflügler. Das Auto besorgte den Pendelverkehr zwischen Hiddingsen und Soest, um die Feuerwehrleute nach Soest zurückzubringen. Bei dem noch glücklicherweise glimpflich verlaufenen Unglück erlitt Frau Doornbos einen doppelten Beinbruch, der Schreiner Kindscher leichtere Verletzungen an Kopf, Arm und Füßen. Beide wurden am Sonntag abend in das Marienhospital eingeliefert, aus dem K. gestern bereits wieder entlassen werden konnte.

)!(**Motorrad gegen Auto.** Gestern abend gegen 9,30 Uhr stießen an der Kreuzung Leckgadumstraße—Hansastraße der aus der Brüderstraße kommende Wagen des Kaufmanns Fritz C. und der die Hansastraße heraufkommende Motorradfahrer Gerhard B. zusammen. Trotzdem der Wagenlenker seinen Wagen sofort zur Seite lenkte, erfolgte der Zusammenstoß hinter dem Kreuzungspunkt. An dem Auto gingen zwei Fensterscheiben entzwei, eine im Auto befindliche Dame erhielt eine kleine Armverletzung. Der Motorradfahrer kam mit leichten Hautabschürfungen am Kopf und der Hand davon. Der Sachverständige Schröder nahm den Tatbestand auf. Trotz der Abendstunde hatte sich eine große „Zuschauermenge" eingefunden.

× **Angestelltenversicherung.** Vom 1. August bis 1. September ds. Jhs. fallen die Sprechstunden der Revisions- und Auskunftsstelle der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Soest aus.

× **Auf die Fahrt des Vereins Heimatpflege** in das Lippetal am Mittwoch, dem 27. ds. Mts., 13.30 Uhr ab Verkehrsamt, wird nochmals hingewiesen. Num. Karten zum Preise von 1.— M sind noch beim Städtischen Verkehrsamt erhältlich.

× **Ferienfahrten der Reichspost.** Die Reichspost erinnert an den Platzkartenkauf für die große Ferienfahrt zum Harz, Leipzig, Thüringen (Weimar, Eisenach)! Wer Mitteldeutschland nicht kennt, sollte sich diese seltene Gelegenheit, die schönsten Teile des deutschen Vaterlandes zu sehen, nicht entgehen lassen. — Am Mittwoch beginnen zu erneut herabgesetzten Preisen die Ferienwaldfahrten, die im vorigen Jahre so außerordentlich großen Beifall fanden. Die beste Erholung für alle Familien mit Kindern. Vielen Wünschen entsprechend: Abfahrt erst um 2 Uhr nachmittags ab Postamt.

× **Der Kreisarzt,** Herr Medizinalrat Dr. Beckert, ist für die Zeit vom 1. bis 26. August 1932 beurlaubt. — Die Vertretung übernimmt der Kreisarzt in Lippstadt, Herr Medizinalassessor Dr. Lehmkuhl, welcher Montags, Mittwochs und Freitags von 16—18 Uhr im Kreishaus in Lippstadt zu sprechen ist.

× **Die Prov.-Taubst.-Anstalt** feierte am vergangenen Freitag ihr Sommerfest. Schon der einleitende Festzug bot ein besonderes frohes Bild. Neben den Germanen, Indianern, Schnittern u. Schnitterinnen mit dem Erntekranz erregten die Gestalten der deutschen Märchen — u. a. Hänsel und Gretel, Schneewittchen und die Zwerge, Dornröschen — besonderes Aufsehen. Die Mädel in ihren Blumenkleidern gestalteten den Zug besonders farbenfreudig, und Bäckerjungen und Schornsteinfeger wirkten recht lustig. — Nachdem man sich an Kaffee und Kuchen gütlich getan hatte, begann auf dem Sportplatz ein buntes Leben und Treiben. Neben Reigen und turnerischen Darbietungen erfreuten allerlei Spiele Kinder und Zuschauer. Die Knaben übten sich im Scheibenschießen und erwählten sich den Schützenkönig. — Abends fand zum Abschluß ein Fackelzug auf dem Gelände der Anstalt statt. Die vielen bunten Lampions boten ein eindrucksvolles Bild. Die freudigen Gesichter unserer gehörlosen Kinder bewiesen uns, daß dieser Tag des Sommerfestes ein besonderer Höhepunkt im Anstalts- und Schulleben war, an den sie noch lange mit Freude denken werden! Sch.

× **Wachsende Ostsiedlungsbewegung.** Mehrere Besichtigungsfahrten hat der Westdeutsche Siedlerverband in den letzten Wochen veranstaltet, bei denen sich wiederum über 20 westfälische Familien zur Uebernahme einer Siedlungsstelle in Mitteldeutschland, Mecklenburg bezw. im Osten entschlossen haben. In den nächsten Tagen finden zwei weitere Besichtigungsfahrten statt. Der Westdeutsche Siedlerverband-Münster wird zur Aufklärung über verschiedene Siedlungsmöglichkeiten sowie über Ziel und Kosten der Besichtigungs-Fahrten vom 27. ds. Mts. ab bis einschließlich 29. ds. Mts. im Hotel zur Post in Neheim-Hüsten jeden Nachmittag von 2—6 Uhr Sprechtag abhalten, zu denen auch Nichtmitglieder er-

Preisbericht vom 23. Juli

Brot:

Weizenmischbrot, 1 Pfd. 18,8 bis 19,2 ₰, Roggenmischbrot 1 Pfd. 18—19,2 ₰, Roggenfeinbrot, 1 Pfd. 16—18 ₰, Kleingebäck (Schrippen, Brötchen, Semmel pp.), 4 Stück 10 ₰ und 3 Stück 9 ₰.

Frischfleisch:

Rindfleisch: Schmorfleisch (Keule, Rindsbraten usw.) mit Knochen, 1 Pfd. 70 bis 90 ₰, Brust und **Querrippe (Kochfleisch, Suppenfleisch usw.),** 1 Pfd. 70—80 ₰, Fehlrippe (Hochrippe, dicke Rippe usw.) 1 Pfd. 70 bis 90 ₰, Gehacktes Hackfleisch, Schabefleisch usw.), 1 Pfd. 80 bis 100 ₰, Talg (Rindsfett) 1 Pfd. 25 bis 40 ₰.

Schweinefleisch: (Schinken, Keule, Schlegel usw.) 1 Pfd. 80 ₰, **Kotelett** (Karbonade, Rippenstück, Rippchen usw.) 1 Pfd. 90 bis 100 ₰, Schnitzel (Schweinesteak) ohne Knochen, 1 Pfd. 110 bis 130 ₰, Kamm (Nacken, Gratbraten usw.) 1 Pfd. 90 bis 100 ₰, Schulter (Schuft, Schäuferl usw.), 1 Pfd. 80 ₰, Bauch (Wammerl usw.), 1 Pfd. 70 ₰, Rückenfett (grüner Speck usw.), 1 Pfd. 60 bis 65 ₰.

Kalbfleisch: Keule (Schlegel und dergl.) mit Knochen, 1 Pfd. 80 bis 90 ₰, Nierenbraten, 1 Pfd. 70 bis 90 ₰, Brust (Brustbraten usw.), 1 Pfd. 75 bis 80 ₰, Schulter (Bug, Blatt, Schäuferl usw.), 1 Pfd. 80—90 ₰, Kamm (Gratbraten usw.) 1 Pfd. 70-80 ₰, Schnitzel ohne Knochen, 1 Pfd. 120 bis 140 ₰.

Hammelfleisch: (Keule, Schlegel usw.), mit Knochen, 1 Pfd. 90 bis 100 ₰, Rücken, 1 Pfd. 80 bis 90 ₰, Schulter (Bug, Blatt, Schäuferl usw.), 1 Pfd. 85 bis 90 ₰, Bauch (Dünnung usw.), 1 Pfd. 80 ₰.

Eßkartoffeln, 1 Pfd. 5 bis 5½ ₰.
Vollmilch: 1 Ltr. 16 bis 20 ₰.
Schweineschmalz, hies., 1 Pfd. 70 bis 80 ₰.
Ausländisches, 1 Pfd. 38 bis 58 ₰.

Butter:

Molkereibutter, inländ., 1 Pfd. 120 bis 140 ₰.
Landbutter, 1 Pfd. 120 bis 125 ₰.
Margarine, 1 Pfd. 29 bis 80 ₰.
Kokosfett, 1 Pfd. 28 bis 63 ₰.
Salzheringe, 1 Stück 3 bis 10 ₰.
Rotbarsch, 1 Pfd. 28 ₰.
Schellfisch, 1 Pfd. 30 bis 45 ₰.
Kabeljau, 1 Pfd. 30 ₰.

Käse:

Holländer, halbfett, 1 Pfd. 45 bis 75 ₰.
Holländer, vollfett, 1 Pfd. 65 bis 140 ₰.
Edamer, 1 Pfd. 65 bis 120 ₰.
Schweizer, 1 Pfd. 98 bis 160 ₰.

Zucker, 1 Pfd. 38 bis 40 ₰.
Reis (Vollreis) mittl. Güte), 1 Pfd. 14 bis 40 ₰.
Graupen, 1 Pfd. 15 bis 35 ₰.
Erbsen (gelbe), 1 Pfd. 16 bis 28 ₰.
Speisebohnen, weiße, 1 Pfd. 16 bis 30 ₰.
Linsen 1 Pfd. 15 bis 35 ₰.
Hühnereier, 1 Stück 7 bis 9 ₰.

Gemüse:

Weißkohl, 1 Pfd. 12 bis 15 ₰.
Rotkohl, 1 Pfd. 15 bis 20 ₰.
Wirsing, 1 Pfd. 12 bis 15 ₰.
Blumenkohl, 1 Stück 10 bis 25 ₰.
Mohrrüben, 1 Bund 10 bis 15 ₰.
Sauerkraut, 1 Pfd. 15 bis 20 ₰.

Bei vorstehenden Preisen handelt es sich um die jeweils im Stadtbezirk vorkommenden niedrigsten und höchsten Preise einer Ware.

scheinen können. Nicht nur nachgeborenen Bauernsöhnen, sondern auch Kleinlandwirtsfamilien und arbeitslos gewordenen Handwerkern kann auf dem Wege durch die Siedluug wieder zu einer selbständigen Existenz verholfen werden Sachliche Aufklärung über die gegebenen Möglichkeiten wird, wenn auch vorerst nur im kleinen, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen und kann deshalb nur begrüßt werden.

Siedlung durch Selbsthilfe

Am 23. Juni 1932 fand die 10. Darlehns-Zuteilung der Westfälischen Landes-Bausparkasse, öffentliche Bausparkasse der westfälischen Sparkassen in Münster, statt. Insgesamt wurden Darlehen im Werte von Rm. 102 000,— zu 4 Prozent Zinsen mit Lebensversicherungsschutz an 17 Bausparer zugeteilt. Damit erhöhten sich die Gesamtzuteilungen der Westfälischen Landes-Bausparkasse auf Rm. 1,3 Millionen. Die Leistungsfähigkeit der Bausparkasse erhellt am besten daraus, daß bereits 30 Prozent der vorhandenen Bausparer eine Zuteilung erhalten haben. Gerade in der Zeit der Kapitalknappheit ist es für den Einzelnen wie auch für die Volkswirtschaft von größter Bedeutung, daß die Bausparkassen im Wege der Selbsthilfe durch laufende Zuteilungen die Eigenheimsiedlung fördern und die Arbeitslosigkeit mindern.

Die Gefahr nicht isolierter Lichtleitungen

Ein Bäckermeister wollte im Jahre 1927 die Kellerräume seines in der Schwarzbacher Straße zu Berlin gelegenen Grundstückes zu Backräumen umbauen lassen. Den Umbau übertrug er seinem Schwager, einem Architekten. Um Vermessungen vorzunehmen, betrat dieser am 9. Dezember 1927 die betreffenden Kellerräume und bediente sich dabei einer provisorischen Lichtleitung, die von dem Hausmeister von der im Haupteingang des Kellers gelegenen Lichtleitung durch einfaches Verbinden der von der Isolierung befreiten Leitungsdrähte abgezweigt war. Die ganze Leitung bestand in dem verlängerten losen Draht, an dessen einem Ende sich eine Fassung und eine Glühbirne befand. Infolge Berührens der nicht isolierten Verbindungsstellen des Drahtes erhielt der Architekt plötzlich einen elektrischen Schlag und sank tot zu Boden. Seine Witwe und Kinder verlangten von dem Bäckermeister und Hauseigentümer Ersatz des durch den Verlust ihres Ernährers entstandenen Schadens, Zahlung einer Rente usw.

Die Klageansprüche wurden vom Kammergericht zu Berlin zu drei Vierteln für gerechtfertigt erklärt, zu einem Viertel treffe den Verunglückten eigenes Verschulden. Er habe sich den Kellerschlüssel von dem Beklagten geben lassen und habe ohne Wissen des Hausmeisters, der die Leitung nur persönlich bedienen wollte, die Kellerräume betreten. Insbesondere habe er den primitiven Zustand der Leitungsanlage erkennen müssen und bereits bei einer vorhergehenden Besichtigung des Kellers auch erkannt. Gerade die Entfernung der Leitung von der Stelle, an der sie hing, sei gefährlich gewesen. — Das Verschulden des beklagten Hauseigentümers, der von der provisorischen Lichtleitung überhaupt keine Kenntnis hatte, wird auf die Vorschrift des § 610 BGB. gegründet. Zwischen dem Beklagten und dem Verunglückten habe ein Dienstvertrag bestanden, der die Vermessungsarbeiten mit umfaßte.

Der hierdurch anwendbare § 618 BGB. verlange von dem Dienstherrn, daß die dem Dienstverpflichteten zur Verfügung gestellten Räume, Gerätschaften usw. so beschaffen sind, daß dieser keiner Gefahr für Leben oder Gesundheit ausgesetzt sind. Da, wie der Beklagte wußte, nur der Haupteingang des Kellers ordnungsmäßig beleuchtet war, dies aber für die in Frage kommenden, vom Tageslicht nur schwach erhellten Räume nicht ausreichte, ergabt sich für den Beklagten die Verpflichtung, die erforderliche Beleuchtung in verkehrssicherem Zustande zur Verfügung zu stellen bezw. die vorhandene Leitung sachgemäß zu erweitern. Denn für die Beleuchtung der für die Dienstverrichtung in Betracht kommenden Räume liegt regelmäßig dem Dienstherrn ob. Daß es sich um Kellerräume handelte, begründet keine Ausnahme. Daß der Architekt selbst für die Beleuchtung sorgen werde, konnte der Beklagte nicht ohne weiteres annehmen, dazu hätte er einer ausdrücklichen Erklärung des Verunglückten bedurft. Zwar sind in gewissen Fällen provisorische Lichtleitungen erlaubt, diese müssen aber durch Warnungstafeln ausreichend kenntlich gemacht werden. Das war hier nicht geschehen. Der Beklagte hat für dieses Verschulden des Hausmeisters, als seines Erfüllungsgehilfen, einzustehen.

Die hiergegen beim Reichsgericht eingelegte Revision des Beklagten hatte den Erfolg, daß der Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes das eigene Verschulden des Verunglückten als ebenso groß wie das des Beklagten bewertete, so daß dieser nur die Hälfte des entstandenen Schadens zu tragen braucht. (/II 250/31 — Urteil des RG. vom 29. April 1932).

Aus dem Kreise Soest und benachbarten Kreisen

Bad Sassendorf, 24. Juli. **Liederabend des M. G. V.** Am vergangenen Samstag veranstaltete der M. G. V. Bad Sassendorf unter Leitung des Orchesters des Krieger- und Landwehrvereins Soest einen Liederabend in den gastlichen Räumen des Kurhotels. Der überaus zahlreiche Besuch der Veranstaltung bezeugte, daß es der M. G. G. wohl verstanden hat, sich immermehr die Gunst und Wertschätzung der Bevölkerung unserer Gemeinde zu erringen. Den einzelnen Darbietungen, die mit großem Beifall entgegengenommen wurden, folgte der gemütliche Teil. Bei Tanz und Becherklang kam der Frohsinn zu seinem Recht, bis gegen 2 Uhr der Ruf „Feierabend" zum Aufbruch mahnte.

Elsen, 25. Juli. **Guter Erfolg!** Das Tambourkorps Elsen errang am Sonntag, dem 24. Juli auf dem Tambourwettstreit in Heil bei Oberaden in der 3. Klasse bei starker Konkurrenz folgende Preise: Klassenspiel 2. Preis, Festzug 1. Preis, Ehrenspiel 1. Preis, Hauptehrenspiel 2. Preis. Gut Schlag!

Völlinghausen (Möhne), 25. Juli. Am Samstag trafen sich hier die Schulen von Brüllingsen, Echtrop, Stockum, Völlinghausen, Wamel und Neuhaus, um die Reichsjugendwettkämpfe auszutragen. Damit verbunden wurde für diese Schulen die Verfassungsfeier. Um 9 Uhr begann man mit den Wettkämpfen, die gegen 11 Uhr beendet waren. Darauf schritt man zur Verfassungsfeier. Sie wurde eingeleitet mit dem Liede: „Stimmt an mit hellem, hohen Klang". Danach wurden die Gedichte: „Gruß an das Vaterland", „Du deutsches Kind", „Mein Lieben" vorgetragen. Dann hielt Herr Lehrer Erlenkamp die Festrede, die in einem Hoch auf Deutschland ihr Ende fand und mit dem Deutschlandliede abgeschlossen wurde. Nach dem Vortrag einiger Lieder ging man zum zweiten Teil über, zur Siegerehrung. Herr Lehrer Rogalewski hielt eine kernige Ansprache und forderte alle auf, tüchtig zu arbeiten, damit im nächsten Jahre noch Mehrere mit Kränzen bedacht werden könnten. Der Erstgenannte der Schule in der folgenden Siegerliste ist zugleich auch Empfänger der Hindenburg-Ehren-Urkunde. — Sieger waren: Schule **Brüllingsen:** Wulf, Mia 53 P., Hüske, Mia 49 P., Grünner, Anneliese 48 P., Hunecke, Magr. 47 P., Mattenklotz, Mia 44 P., Keweloh, Kasp. 44 P., Keweloh, Karoline 44 P., Rodine, Elisabeth 43 P., Schröder, Paula 43 P., Dransfeld, Eb. 41 P., Bauckmann, Bernh. 40 P., Schule **Echtrop:** Knapp, Anton 47 P., Nölle, Maria 44 P., Klasen, Friedr. 43 P., Heckenkamp, Maria 43 P., Nölle, Alfons 42 P., Sander, Frieda 42 P. Schule **Stockum:** Eickhoff, Elisabeth 44 P., Schulte, Anna 43 P., Nübel, Elsbeth 43 P., Kort, Kasp. 42 P., Schulte, Klara 41 P., Eickhoff, Anna 41 P., Gerke, Franz 41 P. Schule **Völlinghausen:** Nübel, Theresia 50 P., Bittern, Josef 49 P., Lüchtefeld, Theo 48 P., Langer, Willy 47 P., Beckschäfer, Franz 46 P., Linnhoff, Franz 46 P., Löbbecke, Gerta 43 P., Schneider, Emmi 42 P., Plümper, Mia 42 P., Linnhoff, Willy 42 P., Thiele, Willy 42 P., Säcker, Franz 41 P., Langer, Klara 41 P., Ulrich, Klara 41 P., Schulte, Theo 40 P., Schule **Wamel:** Wulf, Eberhard 45 P., Rüggeberg, Grete 45 P., Berkemeier, Joh. 44 P., Schrage, Aug. 42 P., Schulte, Franz 40 P., Kespe, Anton 40 P. Schule **Neuhaus:** Wittkamp, Edith 50 P., Brügge, Franziska 44 P., Tacke, Elfriede 44 P., Mühlenberg, Grete 42 P., Mühlenberg, Aloys 42 P., Tacke, Klara 40 Punkte.



Herzfeld, 25. Juli. Bei prächtigem Wetter wurde das diesjährige Krieger- und Schützenfest in den geräumigen Zelten des Herrn Gastwirts Franz Schlupp hier gefeiert. Die Königswürde errang Herr Dr. Heßler, hier, der sich Frau Gustel Willenbrink zur Königin erkor. Das Fest verlief in bester Harmonie und Stimmung.

Stockum, Kr. Soest. 25. Juli. Am Sonntag fand auf dem Festplatze eine Versammlug des Schützenvereins statt. Nachdem der Kassierer die Kassenverhältnisse über das letzte Fest klargelegt hatte, wurde ihm Entlastung erteilt. Es wurde dann noch beschlossen, den jetzigen Bau um weitere 5 m zu vergrößern. Noch lange saß man gemütlich zusammen, um den Klängen der Wameler Musikkapelle zu lauschen.

Welver, 25. Juli. Am Mittwoch, dem 27. Juli ds. Jhs. findet um 14 Uhr in der kath. Schule die Mütterberatung statt.

Turnen, Spiel, Sport

Bezirkswettkämpfe des Bundesbezirks Kassel der Reichsbahn-Turn- und Sportvereine am 24. Juli 1932 in Kassel.

Am Sonntag, den 24. Juli 1932 fanden die Bezirkswettkämpfe der Reichsbahner in Kassel statt, welche von allen Vereinen des Bezirks beschickt waren. Auch Soest hatte sich aufgerafft und wollte dabei sein. 10 Mitglieder des Soester Vereins hatten es nicht gescheut, per Fahrrad die Reise zurückzulegen. Die Reise und Beschickung der Wettkämpfe hat sich aber auch gelohnt. Konnten doch die Soester Wettkämpfer unter starker Konkurrenz der besten Wettkämpfer aus dem Bezirk, besonders zu nennen ist Kassel, Göttingen, Marburg und Nordhausen, 9 erste Siege erringen und zwar:

10 Kampf, 1. Abteilung:
Otto Jahnke — 1. Sieg
Fritz Krabbe — 2. Sieg
10 Kampf, 2. Abteilung:
Werner Brunke — 2. Sieg
Sechskampf, Jugend:
Wilhelm Krabbe — 1. Sieg
Alte Herren:
Julius Schneidewind — 12. Sieg
Karl Krampe — 13. Sieg
Dreikampf, Jugend 14-15:
Wilhelm Bärenfänger — 1. Sieg
Otto Trelle — 6. Sieg
Einzelkämpfe, Jugend 14-15:
100-m-Lauf: Bärenfänger — 1. Sieg
Weitsprung: Bärenfänger — 1. Sieg
Kugelstoßen: Bärenfänger — 1. Sieg
Dreikampf für Senioren, Klasse 1:
Fritz Krabbe — 7. Sieg
Dreikampf für Senioren, Klasse 2:
Otto Langenscheidt — 2. Sieg
Einzelwettkämpfe für Senioren:

100-m-Lauf: Otto Langenscheidt		3. Sieg
Weitsprung: Otto Langenscheidt		1. Sieg
1500-m-Lauf: Erich Sicke		5. Sieg
Dreikampf für Damen:		
Irma Brügger		1. Sieg
Einzelkämpfe für Damen:		
75-m-Lauf: Irma Brügger		1. Sieg

Leider waren manche Wettkämpfer, die sonst den Verein immer siegreich vertreten, nicht unter den Siegern. Ein Beweis, daß der Durchschnitt der Leistungen bedeutend höher lag wie sonst. Auch mögen die Beschwerden der Reise (Fahrrad) hemmend auf die Leistungen gewirkt haben.

Die Schützen der Schießabteilung kamen durch Pech um den 1. Mannschaftssieg. Sie errangen mit 660 Ringen den 4. Mannschaftssieg. Der 1. Mannschaftssieg wurde mit 666 Ringen erzielt.

Der zweitbeste Schütze des ganzen Bezirks war Anton Wigge. Wilhelm Austenfeld holte sich den 4. Preis im Einzelschießen und Heinrich Neuhaus die Ehrenscheibe.

Allen Wettkämpfern, die so viel Opfermut aufgebracht haben, daß der Soester Verein so stark vertreten war, ein kräftiges Bahn Heil!

Die Soester Kegelmeisterschaften sind beendet!

Nachdem im Keglerheim Bauer, Nöttenstraße, 4 tagelang die Kugeln zur Ermittelung der Meister 1932/33 in die volle Neun rollten, fanden die Kämpfe am Sonntagabend ihr Ende. Die Beteiligung war, obwohl alle 25 Soester Kegelklubs 2 mal ordnungsgemäße Mitteilungen erhielten, prozentual sehr gering. Es beteiligten sich für Klubmeisterschaft 58 Starter und für Einzelmeisterschaft 36 Starter.

Die Siegerliste zeigt folgendes Bild:

Einzelmeisterschaft:

1.	Schäfer, Leo	mit 72 Holz
2.	Stracke, Th.	mit 71 Holz
3.	Peperzak, K.	mit 71 Holz
4.	Albrecht, A.	mit 70 Holz

Klubmeisterschaft:

1. Kegelklub „Hellweg" mit 352 Holz
2. Kegelklub „Unter uns" mit 342 Holz
3. Kegelklub „Böse Buben" mit 328 Holz
4. Kegelklub „Nuntöter" mit 322 Holz
5. Kegelklub „Wackelpinn" mit 315 Holz
6. Kegelklub „Eckholz" mit 295 Holz.

Nach der Siegerehrung hielt der Referent des Deutschen Kegler-Bundes einen Aufklärungsvortrag über die Ziele und Zwecke des deutschen Keglerbundes. Nach Beantwortung verschiedener Fragen und Richtigstellung mehrerer Unklarheiten fand dann die Aussprache darin ihren Ausklang, daß nunmehr auch in Soest ein Zusammenschluß der Kegelklubs erfolgen soll. Fünf Klubs mit 47 Mitgliedern schlossen sich bereits am Sonntagabend zu der Soester Kleglervereinigung zusammen und wählten Herrn Paß, Herrn Zimmermann, Herrn Pröse und Herrn Stracke zum provisorischen Vorstand. Am Sonnabend, dem 6. 8. 32 soll im Keglerheim Bauer die Generalversammlung der jungen Vereinigung stattfinden, wozu sämtliche Soester Kegelklubs herzlichst eingeladen sind. Die Versammlung soll die eigentliche Gründungsversammlung bilden, in welcher dann auch endgültig der Vorstand gewählt wird.

Alles in Allem kann gesagt sein, daß diese Veranstaltung ein voller Erfolg war und im Interesse des Soester Kegelsports nur zu wünschen ist, daß sich die neue Vereinigung recht erfolgreich durchsetzen wird und damit dem Kegelsport auch in Soest im Ansehen weiter verhilft.

Gut Holz!

T. **Lohne**, 24. Juli. **Reichsjugendwettkämpfe** Unter dem Protektorat des Herrn Ehrenbürgermeisters Schulze-Lohne beginnen am Dienstag, dem 26. Juli 1932, morgens 9 Uhr die Reichsjugendwettkämpfe der gesamten Schuljugend des Amtes Lohne. Sie werden auf dem Gemeinde-Turn- und Sportplatz zu Bad Sassendorf ausgetragen. Nach den Wettkämpfen erhalten die Schulkinder wie in den Vorjahren die traditionelle Erbsensuppe. Dann folgt nach der Mittagspause die Siegerverkündigung. Wir wünschen der Veranstaltung schönes Wetter und gutes Gelingen.

Geschäftliches

Konserven und ihre Herstellung im Haushalt.

Jedermann weiß, daß die Nahrungsmittel nach einer gewissen Zeit verderben, d. h. in Gärung und Fäulnis übergehen. Deshalb versuchten die Menschen schon in frühester Zeit, Nahrungs- und Genußmittel haltbar zu machen. Diese wurden, je nach ihrer Art, eingesalzen, geräuchert, getrocknet, gedörrt, mit Zucker eingekocht, in Essig oder Alkohol gelegt usw. Solche Verfahren haben jedoch große Nachteile: die wichtigen Nährwerte gehen verloren, der Geschmack leidet, die Haltbarkeit ist nur für kurze Zeit gesichert usw. Erst der französische Koch Appert erfand, angeregt durch ein Preisausschreiben Napoleons I., im Jahr 1809 ein Verfahren, das von den bisherigen völlig abwich und sich geeigneter als diese erwies: **Die Erhitzung der Nahrungsmittel unter gleichzeitigem Luftabschluß.** Er legte die Nahrungsmittel in Flaschen, verschloß diese und stellte sie in große Kessel, die mit einem Deckel zugedeckt wurden, und in die er dann eine zeitlang heißen Dampf einströmen ließ.

Aus diesem Verfahren heraus entwickelte sich später die fabrikmäßige Herstellung von Konserven. Für den Haushalt war jedoch die Appertsche Methode ihrer Umständlichkeit und Kostspieligkeit wegen nicht brauchbar. Das Ziel, dem angestrebt werden mußte, war also die Schaffung der notwendigen geeigneten Geräte, welche die Anwendung des Sterilisierverfahrens im Haushalt ermöglichten. Ein gewaltiger Umschwung entstand, als es der heute weltbekannten Firma **Weck** Oeflingen (Baden) gelang, den Hausfrauen ein Mittel an die Hand zu geben, mit dem sie auf die einfachste und billigste Art für unbegrenzte Zeit Obst, Gemüse, Fleisch usw. frischhalten können: die bekannte Sterilisiereinrichtung **Weck**, die aus Topf, Gläserhalter mit Federn, Thermometer und Konservengläsern mit selbsttätig wirkendem Luftdruckverschluß besteht. Mit dieser genialen deutschen Erfindung hat sich die Selbstbereitung der Konserven im Haushalt in der ganzen zivilisierten Welt eingebürgert.

Man erkannte, daß die selbstgemachten Konserven gegenüber den fabrikmäßig hergestellten erhebliche Vorzüge aufweisen. Man kann sie ganz nach eigenem Geschmack herstellen. Man weiß, was und wie man sterilisiert hat. Man hat stets das volle Maß an festem Inhalt, nicht übermäßig viel Auffüllflüssigkeit. Sodann ermöglicht die Selbstbereitung der Konserven noch besondere Ersparnisse. So können Klöster, Erziehungsanstalten, Sanatorien, Institute, Gutsbesitzer, Kleintier- und Geflügelzüchter, Jagdberechtigte, Gartenbesitzer usw. jeden Ueberschuß an Nahrungsmitteln zum beliebigen Verbrauch aufbewahren. Die Hausfrau aber, die nicht über selbsterzeugte Nahrungsmittel verfügt, spart Geld, indem sie ihren Bedarf z. Zt. des billigsten Anzebots eindeckt. **Wie werden nun die Konserven im Haushalt hergestellt?** Das ist sehr einfach. Man füllt die sorgfältig geputzten Nahrungsmittel je nach Vorschrift roh oder vorgekocht in die sauber gespülten Gläser, reinigt deren Ränder, trocknet sie, legt die Gummiringe auf und darauf die sauber gespülten und trockenen Glasdeckel. Dann setzt man die Gläser auf den Gläserhalter, drückt die Federn soweit auf den Glasdeckel, daß die Spannung der Federn nicht zu schwach, aber auch nicht zu stark ist. Darauf stellt man den Gläserhalter in den Sterilisiertopf und füllt in diesen so viel Wasser, daß es etwa bis an den Rand der Gläser reicht. Alsdann setzt man den Topf aufs Feuer. Nach Ablauf der Sterilisierzeit (über die Erhitzungsgrade und die Sterilisierzeiten geben die Sterilisierlehrbücher „Koche auf Vorrat" Band I und II, Verlag J. Weck & Co., Oeflingen (Baden), Auskunft, nimmt man den Topf vom Feuer, hebt den Gläserhalter heraus und stellt ihn mit den Gläsern an einen zugfreien Ort, damit sich diese abkühlen. Die Federn bezw. Bügel müssen bis zum Erkalten auf den Gläsern verbleiben. Nachdem die Gläser völlig abgekühlt sind, nimmt man sie vom Gläserhalter, reibt sie mit einem feuchten Lappen ab, etikettiert sie und bringt sie in den Aufbewahrungsraum. Die Konserven sind nun zum beliebigen Gebrauch fertig und auf unbegrenzte Zeit haltbar. Beruhigt kann die Hausfrau der ungewissen Zukunft entgegensehen. — Anerkannte Weck-Verkaufsstelle: **Franz Kerstin.**



Der erste Fettviehmarkt in Paderborn

Montag vormittag konnte in Paderborn der 1. Fettviehmarkt eröffnet werden. Auf dem Gelände des städtischen Schlachthofes hatten sich eine große Anzahl Interessenten eingefunden.

Bürgermeister de Boys nahm im Auftrage der Stadt die Eröffnung des Marktes vor, der von nun an jeden Montag abgehalten wird. In seiner Eröffnungsrede gab er einen Rückblick über die Entstehung und Verwirklichung des Gedankens. Schon vor einigen Jahren war der Gedanke einmal aufgetaucht, in Paderborn einen Fettviehmarkt abzuhalten, der den Metzgern der Stadt die Möglichkeit bieten sollte, ihren Bedarf an Schlachtvieh günstig in der Stadt selbst zu decken. Jetzt hat nun die Westf. Prov.-Viehverwertungsgesellschaft den Gedanken wieder aufgegriffen, in engster Zusammenarbeit zwischen der Landwirtschaft und den Metzgern, diesen einen schlachtreifes Vieh anzuliefern. Die Stadt Paderborn setzt sich stark für die Verwirklichung des Gedankens ein. Am 1. Juli genehmigte der Regierungspräsident den Paderborner Fettviehmarkt. In erster Linie gelte es, Dr. Deckwitz den Dank auszusprechen für seine Arbeit zum Zustandekommen des Marktes, ebenso Obermeister Kilian, Direktor Blomenkemper, den Landwirten Böhner, Rickert, Ewers und Frhr. v. Spiegel. Die Händler Thombansen-Neuhaus u. Jolmes-Lichtenau sind die Kommissionäre. Der Westf. Prov.-Viehverwertungsgesellschaft. Bürgermeister de Boys macht auf die Vorteile aufmerksam, die durch diesen Markt der Landwirtschaft und den Metzgern entstehen, und die auch ihre Auswirkung auf den Konsumenten haben werde. Mit dem Wunsche, daß der Markt sich erfolgreich einführen und durchsetzen möge, schloß er die Eröffnungsrede.

Namens des vorbereitenden Ausschusses dankte Direktor Blomenkemper der Stadt Paderborn, daß sie durch ihr Entgegenkommen die Einrichtung des Marktes ermöglichte. Er dankte vor allem auch Oberinspektor Brand für sein tatkräftiges Mitwirken an der Schaffung dieses Marktes. Auch Direktor Blomenkemper wünschte, daß der Markt in gutem Zusammengehen zwischen der Landwirtschaft und den Metzgern den Erfolg zeitige, den man dieser Neueinrichtung im Interesse der Konsumenten und der Produzenten wünschen muß.

Nach diesem kurzen Eröffnungsakt setzte sofort ein reger Handel ein. Zunächst wurde Großvieh verkauft, das zu Preisen gehandelt wurde, die beide Teile befriedigen konnten. Auch Schweine u. Jungvieh waren in genügender Anzahl aufgetrieben und fanden einen flotten Absatz. Schweine brachten in guter Qualität 43—41, in geringerer Qualität bis herunter zu 35 Mark.

Der Viehverwertungsgenossenschaft kann man wünschen, daß sich ihre Neueinrichtung nach dem freudigen Auftakt, den sie vorgestern nahm, auch weiterhin gut entwickeln möge.

Bücherschau

Velhagen und Klasings Monatshefte.

Wie tief ist der Ozean? Diese Frage konnte noch vor ungefähr hundert Jahren Alexander von Humboldt nicht beantworten. Erst neuerdings, seit das Echolot erfunden und auf langdauernden Expeditionen angewendet worden ist, haben wir eine sichere Kenntnis der Meerestiefe. So hat das deutsche Forschungsschiff „Meteor" in den Jahren 1925/27 den Atlantischen Ozean vierzehnmal überquert und durchschnittlich alle zwei Seemeilen (also alle 3½ Kilometer) die Tiefe mit dem Echolot gemessen. Das Ergebnis dieser Expedition beträgt annähernd 70 000 Echolotungen innerhalb 2¼ Jahren. Wenn man bedenkt, daß in dem gleichen Gebiet seit 1840 — also innerhalb 90 Jahren — nur rund 5000 Drahtlotungen auf großen Tiefen (über 1000 Meter) ausgeführt wurden, so erkennt man am besten den Fortschritt, den diese neue Erfindung bedeutet. Daß mit dieser Häufung der Werte ein völlig neues Bild von den Tiefen des Weltmeeres gewonnen wird, ist einleuchtend. An Stelle der großen Gleichförmigkeit, die man bisher für die einzelnen Tiefseebecken annahm, findet man jetzt ein stetes Auf und Ab des Meeresbodens, findet man gewaltige Grabeneinbrüche und verhältnismäßig steile Aufragungen zu unterseeischen Gebirgen und Bänken. Bilder und Karten, die einen Aufsatz von Dr. G. Wüst im **Augustheft** von **Velhagen & Klasings Monatsheften** illustrieren, zeigen diese überraschenden Formationen. Mit dem Echolot fand der „Meteor" mit 8250 Meter Tiefe die größte Tiefe des Atlantischen Ozeans am Rande des Südpolarmeeres unweit der Südsandwich-Inseln, und mit dem Echolot glückte es dem deutschen Kreuzer „Emden", im Stillen Ozean die größte Meerestiefe überhaupt zu finden, unweit der Philippinen gelegen. Hier wurde die gewaltige Tiefe von 10 790 Meter gelotet. Das niederländische Forschungsschiff „Willebrod Snellius" hat im Mai 1930 in unmittelbarer Nähe dieser Emdentiefe mit dem Drahtlot 10 030 Meter und dicht dabei mit dem Echolot 10 160 Meter gelotet. Es ist sehr wahrscheinlich, daß eine systematische Ablotung dieses sogenannten „Philippinen-Grabens" die etwas höheren Werte der „Emden" bestätigen wird. Die mittlere Tiefe des Weltmeeres ist nach den bisherigen Feststellungen 3800 Meter, seine größte Tiefe rund 10 800 Meter. Hiermit haben wir die kürzeste Antwort auf die gestellte Frage: Wie tief ist der Ozean?

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles, Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: A. Müller; für den Anzeigenteil: Carl Mayne,

---

WOLFG. MARKEN

Drei-Eichen-Hof

URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU (SA.)

(57. Fortsetzung.)

Nun faßte die Frau Anita an beiden Händen und sagte bewegt: „Kind, Kind, unser Reichtum besteht nicht immer aus unserem Gelde. Du bist ja soviel reicher als Tausende und Abertausende. Sieh doch in den Spiegel. Er wirft dir ein Bild zurück, so schön, ein Blondhaar so lieblich, zwei Augen so blau, so tief und so rein. Und in den Augen liegt dein ganzes Herz. Du bist so gut, mein Kind. Der Herrgott hat den wahren Reichtum verschwenderisch über dich ausgeschüttet. Warum willst du verzagt sein?"

Anita küßte stürmisch die Hand der Geheimrätin. „Sie sind so gut zu mir! O, gnädige Frau . . . jetzt . . . jetzt will ich hoffen und glauben, daß auch mich das Glück in meinem Winkel finden wird."

„Es hat dich gefunden!" klang plötzlich eine helle Männerstimme durch den Raum.

Anita wurde totenblaß. Schnell aber wandte sie sich mit einem Jubelruf um.

Hans, ihr Hans, stand an der Portiere, und hinter ihm lachte das Gesicht des Geheimrats.

Sie wußte nicht, wie ihr geschah.

Sie fand sich nur in seinen Armen wieder und fühlte, wie sein Mund sie küßte. Sie war aufgelöst vor Freude und Seligkeit.

„Mein . . . Hans!" stammelte sie. „Du bist zu deiner . . . Anita gekommen?"

„Ja," sagte er weich und strich ihr über das blonde Haar. „Ein Jahr liegt dazwischen, eine lange, lange Zeit. Nun aber soll uns das Leben nicht noch einmal auseinanderreißen. Und zum Erntetanz werden wir unseren Verlobungsreigen tanzen. Erntefest soll unser Verlobungsfest sein."

„Du willst mich . . . mich armes Mädel?"

„Dich reiches Mädel. Sag so, Anita!"

Dichtumschlungen trat das Paar zu der Geheimrätin.

„Mütterchen," sagte Hans Berghoff ernst, „es ist doch die rechte, nicht wahr?"

Mit Tränen in den Augen sagte die alte Frau: „Es ist die rechte, Hans. Willkommen in der Heimat."

Hans Berghoff küßte seine Tante, die ihm, dem Waisen, sein Leben lang eine gütige Mutter gewesen war.

„Habe Dank, Mütterchen."

Der Geheimrat war nähergetreten.

„Sei mir willkommen, Kind!" sagte er herzlich. „Glück zu auf den Weg!"

Vater Christian kam an dem gleichen Abend in die Stube gestürzt, wo Hermann eben den Lautsprecher angestellt hatte.

„Was gibt's, Vater Christian?" fragte Hermann freundlich.

„Die Anita kommt und . . . mit ihr ist 'n junger Mann, den sie egal um den Hals hält . . . so sieht's wenigstens aus, und der junge Mann sieht aus wie . . . wie Hans!"

Nun hielt es keinen mehr im Hause. Sie eilten alle hinaus und sahen zwischen den Feldern das junge Paar schreiten.

Es waren Hans und Anita.

Sie jubelten ihnen zu, liefen ihnen entgegen und hatten sie bald erreicht.

„Herzlich willkommen und Glück zur Verlobung!"

Vater Christian hatte es geschafft. Er hatte als erster seinen Glückwunsch ausgesprochen.

Unter großem Jubel wurde das Paar heimgebracht.

In Helgas Herzen war innige Freude darüber, daß jetzt auch die Jüngste, die Schönste das Glück gefunden hatte.

Sie dachte in dieser Stunde voll inniger Dankbarkeit an Mutter Colditz. „Liebes altes Mütterchen," dachte sie, „dich hat der Herrgott wirklich dazu bestimmt, Vorsehung zu spielen."

Bis in die Nacht hinein ging das Erzählen, und immer fröhlicher ging es auf dem Drei-Eichen-Hofe zu.

Die stillste war Anita. Sie hatte das große Glück so stumm gemacht, daß sie nur hin und wieder einmal ein Wort sagen konnte.

Als sich Hans verabschiedete, um zu seinen Pflegeeltern zurückzukehren, gab ihm Anita noch ein Stück das Geleit.

Hans erzählte ihr, warum er nach Südamerika gereist war.

Er hatte sich vor zwei Jahren mit einer südamerikanischen Aristokratin verlobt. In der Trennungszeit war ihm immer klarer geworden, daß er, der Deutsche und die Südländerin doch nicht zusammenpaßten.

Als ehrlicher Mann war er über das Meer gefahren, um das Verlöbnis zu lösen, und die Lösung war in beiderseitigem Einvernehmen leicht vonstatten gegangen.

Solange er aber an Dolores gebunden war, hatte er nicht vermocht, um Anita zu werben. Jetzt war er frei und konnte Anita heimholen.

Dankbar war das Mädchen dem Geliebten, daß er als ehrlicher, aufrechter Mann gehandelt hatte.

Zum Abschied küßte er sie innig, und sie trennten sich.

Wie eine Träumende schritt das Mädchen zurück nach dem Drei-Eichen-Hof.

Helga wartete auf sie.

Sie umarmte Anita und küßte sie auf die Wange.

„Alles Glück verdanken wir Mutter Colditz, die uns hier als Erben einsetzte. An deinem Verlobungstage wollen wir früh zu ihrem Grabe gehen und ihr im Herzen danken."

„Ja, das wollen wir," sagte Anita aus dem Herzen heraus. „Ich bin ja so glücklich! Daß es soviel Seligkeit auf der Welt geben kann."

Leise, eindringlich sagte Helga: „Es gibt noch mehr Seligkeit, Anita. Komm, wir wollen an die Wiege meines Jungen gehen."

Als sie das schlafende Kind sah, begriff Anita, was Helga gemeint hatte.

Zum Erntefest feierten sie Verlobung.

Die ganze Bevölkerung von Postelwitz feierte mit. Der Geheimrat richtete die Verlobung aus.

Vier Wochen später führte Hans die Geliebte zum Altar.

Auch diese Hochzeit fand auf dem Drei-Eichen-Hof statt.

Dann kam ein Bitternis, das Scheiden. Anita verließ den Drei-Eichen-Hof, um an der Seite des Gatten in Berlin zu leben.

Aber Berlin war nicht weit, und sie wollten oft kommen.

Die Freunde waren nicht getrennt. Die Liebe, die sie miteinander verband, blieb weiter in ihren Herzen.

(Fortsetzung folgt.)

HANDEL UND INDUSTRIE

Berliner Börsenbericht

Freundlicher

Berlin, 25. Juli.

Obwohl für heute Momente von Belang aus der Wirtschaft nicht vorlagen, und obwohl auch die Newyorker Börse vom Sonnabend mit ihrem stetigen Verlauf keine stärkere Anregung geben konnte, war schon im heutigen Vormittagsverkehr eine freundlichere Stimmung festzustellen. Das Ergebnis der Länderkonferenz in Stuttgart, der fast reibungslose Verlauf des gestrigen Sonntags, eine weitere innerpolitische Entspannung und die Hoffnung auf baldige Aufhebung des Ausnahmezustandes machten ebenso wie der Umfall des amerikanischen Senators Borah in der Kriegsschuldenfrage einen guten Eindruck. Ferner verwies man auf ein Nachlassen der Devisenansprüche bei der Reichsbank und auf eine gewisse Entlastung des Arbeitsmarktes, an dem sich besonders Interesse nach Facharbeitern bemerkbar mache. Neben der Textilindustrie scheint die Elektroindustrie, wie aus den Berichten über die AEG und Siemens zu ersehen ist, eine kleine Geschäftsbelebung erfahren zu haben. Das Publikum beteiligte sich allerdings noch sehr wenig am Geschäft, was eine Woche vor den Wahlen immerhin verständlich ist. So war die Spekulation in der Hauptsache unter sich. Das vorhandene Deckungsbedürfnis und kleine Meinungskäufe genügten aber, um bei den führenden Werten Kursbesserungen bis zu 1½% herbeizuführen. Auch die zertifizierten Dollarbonds lagen ziemlich fest. Ebenso war die Tendenz am Rentenmarkt durchaus freundlich. Die Umsatztätigkeit allerdings war zunächst gering. Deutsche Anleihen waren bis ½% gebessert, Reichsschuldbuchforderungen zogen bis zu 1% an. Am Berliner Geldmarkt war auch heute die Situation unverändert. Tagesgeld war mit 5¼% nicht leichter. In Privatdiskonten und Reichswechseln per 20. Oktober lag wieder Angebot vor.

Essener Börsenbericht

Essen, 25. Juli. Die heutige Essener Börse eröffnete in eher freundlicher Haltung. Am Markt der fortlaufenden Notierungen lagen die ersten Kurse überwiegend fester, besonders Feldmühle plus 2¾%, Aschersleben und Westeregeln plus 2%, Montanwerte plus 1%. Wintershall konnten sich behaupten. Der Kohlenmarkt zeigte ein unverändertes Aussehen. Einige Umsätze fanden in Deutschland zu etwas erhöhten Preisen statt. Braunkohlenwerte wurden auf letzter Basis genannt. Kaliwerte und Kaliaktien blieben umsatzlos bei kaum veränderten Kursen.

Kölner Börsenbericht

Köln, 25. Juli. Nachdem die innerpolitische Lage günstiger beurteilt wird, zeigte die Spekulation zu Beginn der heutigen Börse einige Deckungsneigung. Das Geschäft hielt sich jedoch immer noch in engen Grenzen. J. G. Farben gingen um 1⅜% auf 88 an, Reichsbankanteile besserten sich um ¾%. Am Montanmarkt gewannen Deutsche Erdöl ¾%, Rheinische Braunkohle 1% und Rheinstahl ¼%, Harpener, Phönix und Ver. Stahlwerke konnten sich gut behaupten. Von Elektrowerten waren Siemens um 1¼% und Schuckert um ⅞% gesteigert. Deutsche Reichsbahnvorzüge tendierten gleichfalls ¾% höher. Kalipapiere lagen ruhig. Kali Aschersleben wurden etwa 2% höher genannt. Im Verlaufe traten bei ruhigem Geschäft nennenswerte Veränderungen gegenüber Anfang nicht ein. Der Einheitsmarkt hatte freundliche Tendenz. Die Umsätze waren jedoch gering. Versicherungen gehalten. Pfandbriefe waren gesucht und bis 1% befestigt. Die Börse schloß gut behauptet.

Köln, 25. Juli. Heute notierten: Basalt 10½, Bonner Berg 25, Braunkohle Zukunft 71, Kalker Br. +, Kabelwerk Rheydt 95, Kölner Dampf +, Rhein. Braunk. 175, Stollwerck 22½.

Kundgebung der Eisen- und Stahlwaren-Industrie

Der Eisen- und Stahlwaren-Industriebund ruft die Gesamtheit der Unternehmer in der Eisen- und Stahlwarenindustrie auf Dienstag, den 2. August, nach W.-Elberfeld zu einer großen Kundgebung zusammen, in der die täglich dringender werdenden Sorgen des Wirtschaftszweiges besprochen werden sollen.

Nach der Einladung der Organisation will man in der Kundgebung sich zusammenfinden zur Abwehr gegen das fortschreitende Eindringen des Staates in die Wirtschaft, gegen die Vernachlässigung und Benachteiligung in der Kapital- und Betriebsmittelfrage und gegen das fortschreitende Eindringen der Eisenschaffenden Industrie in die Verarbeitung, wobei besonders an den Fall des Eingreifens in die Rasierklingenherstellung gedacht ist.

Die Kundgebung soll dann weiter ein Bekenntnis zum Gedanken des freien Unternehmertums und für das Fortbestehen der zahlreichen mittleren und kleinen Betriebe in der deutschen Eisen- und Stahlwarenindustrie sein. Der Reichswirtschaftsminister ist um seine Teilnahme gebeten worden.

Das Harpen-Paket der Rheinischen Braunkohle

Wie neuerdings angenommen wird, soll sich die Beteiligung der Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, Köln, bei der Harpener Bergbau A.-G., Dortmund, auf 50 Prozent des 90 Mill. RM. betragenden Aktienkapitals von Harpen belaufen. Nach unseren Erkundigungen ist diese Annahme jedoch nicht richtig. Der Besitz der Rheinischen Braunkohle an Harpen-Aktien dürfte sich nach wie vor auf rund 35 Mill. RM stellen, das entspricht einer etwa 40prozentigen Beteiligung. — Aus den Veränderungen der Braunkohlenbilanz für 1931-32 ist allerdings zu ersehen, daß das Harpenpaket weit unter pari zu Buche steht und erhebliche Abschreibungen darauf vorgenommen worden sein müssen, denn der Erwerb der Harpen-Aktien dürfte seinerzeit zum Teil bedeutend mehr als 100 Prozent gekostet haben.

Wochenbericht über den Lebensmittelmarkt im niederrh.-westfäl. Industriegebiet

Kartoffeln

Der Kartoffelmarkt wird noch immer ganz vom Niederrhein beherrscht. Mitteldeutschland war zwar zu Wochenbeginn vereinzelt am Markt, später rentierten aber die Preise nicht mehr. Von Hessen lagen einige Lieferungen in „Böhms Allerfrühster Gelbe" zu einem Preise von 2,70 bis 2,80 RM. fr. Ruhrst. vor. Das Preisbild wurde jedoch wie in der Vorwoche noch gänzlich von den niederrheinischen Frühkartoffeln bestimmt, die sich in der ersten Wochenhälfte unter gewissen Schwankungen behaupten, dann aber trotz Fernhaltung der belgischen Kartoffeln infolge Ueberschreitung des Kontingentes noch etwas nachgeben mußten. Sie stellten sich gegen Wochenende incl. Sack auf etwa 2,80—2,90 RM. fr. Ruhrst. Zum Wochenschluß schien sich allerdings wieder eine freundlichere Stimmung anbahnen zu wollen, da die Landwirtschaft angesichts der niedrigen Preise und vor allem wegen der beginnenden Getreideernte merkbar weniger Ware angeliefert hat. Falls die Zufuhren vom Niederrhein sich weiterhin in den Grenzen des Wochenendes halten sollten, dürfte der jetzige Preisstand trotz der beginnenden Lieferungen aus anderen Gebieten wohl in etwa behauptet bleiben.

Märkte

Die Zufuhren zum Essener Hauptmarkt waren sowohl in in- und ausländischem Gemüse und Kartoffeln sowie in Obst und Südfrüchten reichlich, doch konnte sich nur langsames Geschäft entwickeln. Die Preise zeigten feste Tendenz.

Berliner Metall-Notierungen

Berlin, 25. Juli. (Amtlich.) RM. für 100 Klgr. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam 43,75; Original-Hütten-Aluminium, 98—99%, in Blöcken 160; desgl. in Walz- oder Drahtbarren 164; Reinnickel, 98—99% 350; Antimon-Regulus 34—36. Silber in Barren ca. 1000 fein per Klgr. 37,75—41 RM.

Warenmärkte

Berliner Produktenbörse

Berlin, 25. Juli. (Amtlich.) Weizen, märk., prompt, ab Station, 75—76 Klgr. 251—253, Juli 265,50—263,75, Sept. 227,75—227,50, Okt. 228,50, Dez. 230—229,75; Tendenz: matter. Roggen, märk., prompt, ab Station, 72—73 Klgr. 169—171, Juli —, Sept. 177—176,50, Okt. 177,25, Dez. 180 bis 179,50; Tendenz: matter. Gerste, ab Station, Futter- und Industriegerste, ruhig 161—172. Hafer*), märk., prompt, ab Station 164—169; Tendenz: still. Weizenmehl*), behauptet, prompt 29,50—34; Roggenmehl, ruhig, 70%, prompt 25,50 bis 27; Weizenkleie, behauptet 11,60—11,90; Roggenkleie, behauptet 10,25—10,60; Viktoriaerbsen 17—23; kleine Speiseerbsen 21—24; Futtererbsen 15—19; Peluschken 16—18; Ackerbohnen 15—17; Wicken 17—19; Lupinen, blaue 10,50—11,50; Lupinen, gelbe 15—16,50; Leinkuchen, Basis 37% 10,20—10,40; Erdnußkuchen, Basis 50%, ab Hamburg 11,20—11,30; Erdnußkuchenmehl, Basis 50%, ab Hamburg 11,40—11,50; Trockenschnitzel 9,40 bis 9,60; extrahiertes Sonabohnenschrot, 46%, ab Hamburg 10,20—10,30; extrahiertes Sonabohnenschrot, 46%, ab Stettin 11,00; Speisekartoffeln, weiße (neue Ernte) 2—2,20; Odenwälder, blaue (neue Ernte) 2,20—2,40; andere, gelbfleischig (neue Ernte) 2,50—2,80. Allg. Tendenz: schwächer. — *) Feinste Marken über Notiz bezahlt. — Preise in RM. — Getreide und Oelsaaten per 1000 Klgr., sonst per 100 Klgr., Raubfutter per 50 Klgr. frei Waggon ab märk. Station. Für Mehl und Kleie per 100 Klgr. brutto einschl. Sack frei Berlin, bezw. bei Kleie ab Bahn und ab Mühle. Kartoffeln nur Montag und Donnerstag, Raubfutter nur Dienstag.

Getreidebörse zu Duisburg

Duisburg, 25. Juli. Ostseehafer 19,50, Pommerscher Weißsee Hafer, neue Ernte 19,25—19,75, Inländische Gerste 18,50, Deutsche Getreidehandelsgerste 18,50, Ausländ. Roggen 22—22,50, Ausländische Gerste 19,25—20,25, Plata-Mais 18,25—18,50, Plata-Cinquantino-Mais 19,25 bis 20,00, Weizenmehl 97% 36—36,25, Weizenmehl mit Auslandsmehl 70/30% 37,25—37,50, Roggenmehl Konzern 29,50—29,75, Roggenmehl Ostmühlen 28,25—28,50, Weizenkleie 9,75—11, Weizenbollmehl 11,75—12,25, Roggenkleie 9,00 bis 9,50, Steffenzuckerschnitzel 12,50 RM. Die Preise verstehen sich für 100 Kg. waggonfrei Duisburg, Abnahme von Waggonverladungen. Tendenz: Getreide und Futtermittel fest. Mehl prompt fester, später unv.

Amtl. Notierungen der Frankfurter Getreidebörse

Frankfurt, 25. Juli. Weizen (Hessen, Prov. Hessen-Nassau und Unterfranken), hl-Gewicht von 74 Klgr., gut, gesund und trocken 260. Roggen (Hessen, Prov. Hessen-Nassau und Unterfranken), hl-Gewicht von 72 Klgr., gut, gesund und trocken 220. Sommergerste für Brauzwecke 170—175. Hafer (inländ.) 170—180. Hafer (ausländ.) 180. Weizenmehl, südd. Spezial 0 mit Austauschweizen 38,15—39,05. Weizenmehl, südd. Spezial 0 Sondermahlung 38,15—38,80. Roggenmehl, 70% Ausmahlung 28,75—29,25. Weizenkleie 9,00. Roggenkleie 9,25. Erbsen, je nach Qualität, für Speisezwecke 24—32. Linsen, je nach Qualität, für Speisezwecke 22—48. Heu, südd., gut gesund, trocken 3—3,40. Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 3,50. Weizen- und Roggenstroh, gebündelt 3,20—3,50. Treber, getrocknet 10,50—10,75. Tendenz: ruhig. — Die Mehlnotierungen verstehen sich einschließlich der Zollerhöhung.

Mannheimer Produkten

Mannheim, 25. Juli. Weizen, inl. 26,25—27; Roggen, inl. 21,75—22; Hafer, inl. 17—19; Braugerste, pfälz. Sommergerste 20—20,50; Futtergerste 18,25—18,75; Mais mit Sack (Plata) 18; Weizenmehl, Spez. 0 Sorte 1, Juli-Aug. 38,80; dito mit Auslandsweizen 35,15; Weizenmehl, südd. Auszugsmehl, Juli-Aug. 42,80; dito mit Auslandsweizen 38,15; Roggenmehl, 60% Ausmahlung 28,25 bis 29; Kleie, fine 9,25; Biertreber mit Sack 10,75—11; Erdnußkuchen 12,75. Tendenz: ruhig. — Alles per 100 Klgr. waggonfrei Mannheim.

Amtliche Berliner Devisenkurse

	25. Juli		23. Juli		Brief
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld
London	14.96	15.00	14.965	15.005	2[illegible]
New York	4.209	4.217	4.209	4.217	4.2[illegible]
Amsterdam	169.68	170.02	169.68	170.02	168.[illegible]
Brüssel	58.31	58.43	58.30	58.42	81.[illegible]
Italien	21.46	21.50	21.46	21.50	81.[illegible]
Jugoslaw	6.93	6.707	6.693	6.707	181.[illegible]
Kopenhag.	80.47	80.63	80.57	80.73	12.[illegible]
Paris	16.485	16.525	16.485	16.525	81.00
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485	55.50
Schweiz	81.89	82.05	81.89	82.05	81.00
Wien	51.95	52.05	51.95	52.05	70.50

Viehmärkte vom 25. Juli 1932

	Essen	Dortmund	Düsseldorf	Elberfeld	Köln	Frankfurt
Auftrieb: Großvieh	507	772	—	572	1134	1257
Ochsen	20	23	32	68	206	—
Bullen	184	152	64	71	203	—
Kühe	192	517	200	344	613	—
Färsen	76	60	50	93	92	—
Fresser	38	20	—	36	14	—
Kälber	545	410	434	447	1132	536
Schafe	51	11	55	1	8	27
Schweine	2278	2169	2250	2374	4306	3883
Ziegen	—	—	—	—	—	—
Preise:						
Ochsen: vollfleisch. ausgemäst. a) jüngere	32–35	—	36–39	35–37	35–39	31–35
b) ältere	—	—	—	—	30–32	—
sonstige vollfleischige a) jüngere	—	—	32–35	30–34	30–33	27–30
b) ältere	—	—	—	—	25–28	—
fleischige	—	—	26–30	24–29	—	21–26
gering genährte	—	—	—	—	—	—
Bullen: jüngere vollfleischige	—	27–29	27–30	26–28	27–30	26–30
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	22–25	24–26	23–26	18–25	23–26	22–25
fleischige	19–21	21–23	19–22	—	18–22	—
gering genährte	15–18	18–20	—	—	—	—
Kühe: jüngere vollfleischige	28–30	28–34	29–32	29–31	29–32	25–28
sonstige vollfleischige oder ausgemästete	25–27	24–26	25–28	25–28	24–28	20–24
fleischige	22–24	21–23	20–24	20–24	20–23	14–19
gering genährte	15–20	16–20	15–19	14–19	—	—
Färsen: vollfleischige, ausgemästete	32–35	32–34	32–35	33–35	32–36	31–35
vollfleischige	29–31	28–31	28–31	28–32	25–30	27–30
fleischige	26–28	25–27	23–27	24–27	—	24–26
Fresser: mäßig genährtes Jungvieh	15–22	—	—	20–24	20–25	—
Kälber: Doppellender bester Mast	—	—	54–62	—	48–62	—
beste Mast- und Saugkälber	36–40	40–42	40–46	38–42	38–43	36–40
mittlere Mast- und Saugkälber	30–35	32–38	33–38	32–37	32–37	31–35
geringe Kälber	22–28	25–30	25–32	24–31	26–29	25–30
Schafe: Mastl. u. jg. Masth. a) Weidemast	32–34	—	—	—	—	—
b) Stallmast	—	—	—	—	—	—
mittl. Mastl., ält. Masth., gut gen. Schafe	25–30	—	—	—	—	—
fleischiges Schafvieh	—	—	—	—	—	—
gering genährtes Schafvieh	15–18	—	—	—	—	—
Schweine: Fettschweine üb. 300 Pfd. L.-G.	—	—	—	44–47	42–46	—
vollfleischige von ca. 240—300 Pfd.	45–47	46–48	45–48	44–47	43–48	46–49
vollfleischige von ca. 200—240 Pfd.	45–47	46–48	46–50	44–47	43–48	45–48
vollfleischige von ca. 160—200 Pfd.	43–45	44–46	45–49	44–47	40–46	42–46
fleischige von ca. 120—160 Pfd.	40–43	41–43	40–45	40–43	38–43	37–42
fleischige unter 120 Pfd.	—	—	—	—	—	—
Sauen	35–40	36–41	36–40	35–40	35–38	—

Die Preise verstehen sich für 50 kg Lebendgewicht und sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

Berliner Börsenkurse vom 25. Juli 1932

	Div.	25. 7.	22. 7.
Anleihen:			
D. R.-Anl. 27		—.—	63¾
Banken:			
Barmer Bankv.	8	—.—	—.—
Berg.-Märk. Ind.	—	—.—	—.—
Com.- u. Priv.-Bk.	—	53¼	53¼
Darmst. u. Nat.-Bk	8	18½	18¼
Dtsch Bk. u. Diskt	6	75.—	75.—
Dresdner Bank	—	18½	18½
Reichsbank	12	125¼	121¼
Rh.-Westf. Bod.-Cred.	12	—.—	—.—
Verkehrswerte:			
Reichsbahn V.-A.		74¾	74¾
Hapag	6	11¼	11.—
Nordd. Lloyd	6	12⅜	12⅜
Brauereien:			
Dortm. Aktien	10	—.—	—.—
Dortm. Ritter	10	—.—	—.—
Dortm. Union	12	155.—	150¾
Müser	—	—.—	—.—
Schlegel-Scharf	5	—.—	—.—
Wicküler-Küpper	8	—.—	—.—
Sonstige:			
Alexanderwerk	—	—.—	—.—
Aku	—	32¾	32⅛
A. E. G.	—	26⅛	23¼
Bemberg I. P.	—	29⅛	27¼
Chem. Ind. Gelsenk.	5	—.—	—.—
Cont. Caoutsch	8	84.—	80.—
Daimler Mot.	—	11¼	10¼
Dtsch. Erdöl	5	68⅜	67.—
El. Licht u. Kraft	6	72.—	68¼
Eschw. Bergw.	14	—.—	—.—
IG Farbenind.	12	88.—	87¼
Felten-Guilleaume	6½	37¼	36¾
Friedrichshütte	6	—.—	—.—
Gebhard u. Co.	—	—.—	26.—
Gelsenk. Bergw.	6	33¾	32½
Ges. f. el. Unt.	9	59½	56¼
Goedh. Gebr.	12	—.—	—.—
Goldschmidt	—	16⅛	16.—
Hammersen	—	—.—	44.—
Harpener Berg.	—	50½	50.—
Hoesch Eisen-Köln-Neuessen	—	23¾	23.—
Kali Aschersleben	10	90.—	88.—
Karstadt Rud.	—	—.—	—.—
Klöcknerw	—	21⅜	21¼
Köln Gas u. Elek.	3	—.—	—.—
W. Krefft	—	55.—	—.—
Kromschröder G.	7	—.—	—.—
Kronprinz Metall	—	—.—	—.—
Küppersbusch	6	—.—	51.—
Mannesm.-Röhren	6	37¾	37¼
Mansfeld	—	10⅝	11.—
Maschb.-Untern.	—	21¼	21½
Mülh. Bergw.	7	—.—	—.—
Phönix Bergw.	4½	15⅛	15.—
Rhein. Braunk.	10	175.—	171½
Rh. Elektrizität	9	—.—	62¾
Rhein-Möbelstoff	—	—.—	6.—
Rhein-Spiegel	6	—.—	—.—
Rhein-Stahl	6	46⅜	46⅜
Rh.-Westf. Elektr.	5	55.—	54.—
Rhein.-West Kalk	—	—.—	—.—
Rhein.-Westf. Sor.	4,8	—.—	—.—
Roddergrube	15	—.—	—.—
Salzdetfurth	15	160¼	—.—
Schött Herm.	—	—.—	—.—
Schwelm Eisen	4	—.—	+
Siemens u. Halske	14	122¾	120¼
Stollb. Zinkh.	—	—.—	—.—
Stollwerk	—	22¼	21½
Tietz	8	44¼	45¼
Ver. D. Nickel	4	—.—	59.—
Ver. Glanzst. Elbf.	—	—.—	—.—
Ver. Stahlw.	—	12⅜	12½
Warstein Gruben	—	—.—	—.—

	Div.	25. 7.	22. 7.
Wasserw. Gelsenk.	9	95.—	94¼
Westeregeln	10	98.—	—.—
Westf. Draht Hamm	5	—.—	—.—
Westf. Kupfer	—	—.—	—.—
Wittener Guß	—	—.—	—.—
Westfälische Landesbankanl.			
6% Prov. Feing. 25		—	—.—
6% dto. 26		—.—	—.—
6% Komm. Obl. 28/29 2—3		49¼	—.—
6% dto. 30 R. 4		49¼	—.—
6% Goldpfdbr. R 1		—.—	—.—
6% Westf. Pfandbriefanst. Hausgrundstücke		—.—	—.—
6% dto. Goldpfandbriefe		—.—	—.—
Westf. Provinzial-anleihe-Auslosg.		40¼	39.3
Festverzinsliche Werte			
6% Preuß. Ld.-Br.-anstalt R. 19		68¼	68.—
6% dto. 4		69.—	69.—
6% dto. 13/15		68.—	68.—
6% dto. 17/18		68¼	68.—
6% dto. 21		68.—	68.—
6% dto. Komm. 20		54¼	54¼
6% dto. 16		54¼	54.—
6% dto. 6		54½	54.—
6% dto. 8		—.—	—.—
6% Pr. Centr.-Bod u. Pfdbr. Em. 1		68.—	68.—
6% dto. Komm. Obl. 1		—	51¼

(→ ±) bedeutet: ohne Angebot und Nachfrage.

Vom Niederrhein

Motorradfahrer mit Frau und Kind verunglückt

Der Mann gestorben — Frau und Sohn schwer verletzt

Nachmittags ereignete sich auf der Amsterdamer Straße in Düsseldorf ein schweres Verkehrsunglück. Der Spediteur Ludwig Schramm geriet mit seinem Motorrad, in dessen Beiwagen seine Frau und auf dem Sozius sein 12jähriger Sohn saßen, an den Bordstein. Er verlor die Herrschaft über die Maschine und sauste gegen einen Leitungsmast. In schwerverletztem Zustand wurden Schramm, seine Frau und sein Sohn in die Golzheimer Klinik eingeliefert. Der Mann ist dort vor der Operation gestorben, Frau und Sohn liegen schwer verletzt danieder.

Wesel. Der Etat angenommen. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Wesel'er Etat 1932-33 einstimmig angenommen. Dies ist gewiß eine recht seltene Erscheinung in der heutigen Zeit, wo meistens uferlose Debatten um den Haushaltsplan gehalten werden. Die geschickte Verhandlungsart von Bürgermeister Rohl brachte es fertig, daß die Sitzung mit umfangreicher Tagesordnung in knapp einer Stunde abgewickelt werden konnte. Der Etat hat eine Endsumme von 4,3 Millionen. Das Defizit stellt sich auf 360 000 Mark

Vom Mittel- und Oberrhein

Mädchenmord in einem Walde bei Köln

Ein 8jähriges Kind erdrosselt

Mittags gegen 13 Uhr wurde im Walde von Brueck bei Köln die Leiche eines noch unbekannten 8jährigen Mädchens gefunden. Das Kind ist erdrosselt worden. Es war von schwächlicher Gestalt, etwa 110 cm. groß und hatte hellblondes Haar, das mit einer himmelblauen Schleife zusammengehalten war. Die Mordkommission weilt im Ort des furchtbaren Verbrechens. Nähere Einzelheiten waren bisher nicht zu erfahren.

Köln. Der Kölner Schlachtviehmarkt wegen Maul- und Klauenseuche gesperrt. Der Kölner Großvieh-, Kälber- und Schweinemarkt mußte wegen Ausbruchs der Maul und Klauenseuche gesperrt werden. Es wurden umfangreiche Sicherungsmaßnahmen getroffen. Der Abtrieb von Tieren wurde nur zur sofortigen Abschlachtung gestattet. Sämtliche Fahrzeuge wurden beim Verlassen der gesperrten Anlage gereinigt, und alle Besucher des Schlachthofgeländes mußten sich beim Verlassen die Schuhsohlen unter Aufsicht eines Polizeibeamten disinfizieren lassen.

Saarbrücken. Landgerichtspräsident i. R. Gustav Adolph Magnus gestorben. Hier ist im 76. Lebensjahre Landgerichtspräsident i. R. Gustav Adolph Magnus gestorben. Magnus hat die deutsche Rechtspflege im Saargebiet während der sehr schweren Zeit von 1920 bis 1927 geleitet und war weit über die Grenzen des Saargebietes hinaus eine bekannte Persönlichkeit.

Münsterland, Ostwestfalen

Von Zigeunern entführt

Als Zigeunerfrau wiedererkannt — Die Ehe ist ungültig

Vor etwa drei bis vier Jahren befreundete sich ein in Halle (Westf.) als Kellner tätiger Zigeuner mit einem jungen Mädchen, das sich dort in Stellung befand. Plötzlich war das Mädchen verschwunden. Alle Nachforschungen der Eltern waren ergebnislos. Vor einigen Tagen zog nun durch den Ort Rehme bei Oeynhausen eine Zigeunerbande. Bei ihr befand sich auch eine junge Frau, die von einem Einwohner als das seinerzeit entführte Mädchen erkannt wurde. Sie war inzwischen Mutter geworden und klagte dem Bekannten, der aus ihrer Heimat stammt, ihr Leid. Der benachrichtigten Polizei gelang es dann, den Zigeuner aus seiner Sippe heraus zu verhaften. Die Ehe wurde unter falschem Namen abgeschlossen und ist daher ungültig.

Rheine. Der Blitz tötet einen Landwirt. Bei einem kurzen Gewitter am Abend wurde der 25 Jahre alte Landwirtssohn Lakemeyer in der Bauernschaft Dutum vom Blitz getroffen und auf der Stelle getötet. Lakemeyer hatte das Vieh zur Weide gebracht und wollte den Rückweg antreten.

Aus dem Ruhrbezirk

Eine Reichsgemeinschaft für deutsches Siedlungswesen gegründet

Nachdem vor kurzem in Berlin eine vorbereitende Konferenz der Siedlerführer und Siedlungspolitiker zum Zwecke einer gemeinsamen Aktion stattgefunden hatte, ist jetzt eine Reichsgemeinschaft für das deutsche Siedlungswesen gegründet worden.

Zum Führer dieser Reichsgemeinschaft wurde mit überwiegender Mehrheit der Chefredakteur der Wochenzeitung „Freies Volk", Dipl.-oec. Herbert Rolf Fritzsche, gewählt. Zu seinem Stellvertreter wählte man Dr. Gustav Küppers, den Bundesvorsitzenden des deutschen Selbsthilfe-Siedlerbundes der Erwerbslosen. Dem erweiterten, als Reichssiedlerausschuß gebildeten Vorstande gehören weiter an:

- Wilhelm Hering vom Bund Deutscher Siedler, Wanne-Eickel,
- Dr. Wiemers vom Westdeutschen Siedlerverband, Münster,
- Söhlmann und Hoffmann von der Akademischen Selbsthilfe,
- Dipl.-Ing. Lörcher vom Verband ehemaliger Reichswehrangehöriger,
- Katschack von der Zentralgenossenschaft der Selbstsiedler,
- Dr. Hermann Schultz vom Evang. Siedlungsdienst,
- Dr. Jagow, Geschäftsführer des kirchlich.-soz. Bundes,
- Weichert vom kathol. Siedlerverband,
- Geheimrat Böhmer von der Gesellschaft für Heim und Landkolonisation,
- Dr. de Laporte von der Arbeitsgemeinschaft für neuzeitliche Siedlung,
- General Dix vom Reichsbund der Kinderreichen,
- Biedermann und Weiß vom deutschen Siedlungs- und Verkehrsbund mit seinen Unterorganisationen.

Die Reichsgemeinschaft für das deutsche Siedlungswesen hat es sich zur Aufgabe gemacht, die vaterländischen Belange durch eine Aktivierung der Siedlungspolitik und die Siedlerbewegung zu fördern und die deutsche Landwirtschaft nach Kräften zu beleben und zu pflegen. Sie hat zehn Richtsätze aufgestellt, von denen die wichtigsten sind:

- die Forderung auf Herabsetzung der Zinsen,
- Bauverbilligung und Kapitalstützung,
- Einführung von Normalverträgen,
- Ablösung von existenzschädigenden Verpflichtungen,
- Förderung des Genossenschafts- und Gemeinschaftsgedankens,
- Berücksichtigung von Versorgungsanwärtern namentlich in der Ostsiedlung,
- gesetzliche Einrichtung von behördlichen Beratungs- und Siedlerverteilungsstellen, die von einem zu bildenden Reichssiedlerausschuß anerkannt werden müssen,
- eingehende Prüfung von Personen auf ihre sachliche und moralische Eignung, wenn sie als Siedlungsbewerber und Siedlervermittler zugelassen werden sollen.

Die beteiligten Organisationen streben an, daß die unbefugte Ausübung einer derartigen Tätigkeit unter Strafe gestellt wird. Es ist damit zu rechnen, daß eine Delegation der Reichsgemeinschaft schon in der nächsten Zeit sich mit Anregungen an die Reichsregierung wenden wird.

Der Krone-Fischer-Prozeß

Am 13. Verhandlungstag im VEW.-Prozeß kamen die Verteidiger zu Wort.

Der Verteidiger Krones

begründete nacheinander zu den verschiedenen Krone betreffenden Anklagepunkten seine Freispruchsanträge. Beginnend mit dem Darlehen von 100 000 RM. bei der Westfalen-Bank in Bochum, den allerdings die Staatsanwaltschaft hat fallen lassen, wegen des Verkaufs des Bochumer Hauses an die VEW., führte der Verteidiger aus, es sei nicht Sache Krones, sondern Sache der VEW. gewesen, die Taxe zu beanstanden, die zu hoch gewesen wäre. Auch im Falle des Vergehens gegen § 314 HGB. beantragte der Verteidiger Freispruch. Bei den Tantiemen sei es ganz falsch, von einer Vorauszahlung zu sprechen. Durch eine besondere Bilanz sei der Bruttoüberschuß errechnet worden, und wenn die Tantiemen darauf vierteljährlich gezahlt worden seien, so wäre das eine nachträgliche Zahlung gewesen. Der Verteidiger stellt hierfür zum Beweis einen Eventualantrag. Die Anklage der Untreue bezüglich des laufenden Kontos und das Hausdarlehnkontos behandelte der Verteidiger nur summarisch. Es stehe fest, daß laufende Konten gestattet waren und daß auch andere Angestellte der VEW. im Debet seien auf diesem Konto. Bezüglich des Hausbaukontos würde Krone dem Oberbürgermeister ein „Nein" entgegengesetzt haben, wenn ihm als obere Grenze eine Summe von 300 000 RM. genannt worden wäre. Das Haus sei kein Luxus für Krone gewesen, sondern habe sich als außerordentliche Belastung in Höhe von jährlich 45 000 RM. ausgewirkt. Auch bezüglich der Kroneschen Effektengeschäfte beantragte der Verteidiger Freispruch.

Sodann ergriff

der Verteidiger Fischers

das Wort. Das Verfahren gegen die Angeklagten, so führte er aus, sei entstanden aus einer Atmosphäre böswilliger Verleumdungen in Presse und Oeffentlichkeit. Auch er beantragte für seinen Mandanten in vollem Umfange den Freispruch.

Im Schlußwort machten beide Angeklagten noch längere Ausführungen.

Krone

nannte den Revisionsbericht der Treuhand-Gesellschaft etwas schief und sagte zum Schluß mit erhobener Stimme, wo ist denn der ganze VEW.-Skandal, wo sind denn die Trümmer, die wir zurückgelassen haben sollen? Die VEW. kämen allen ihren Verpflichtungen nach, trotz der schlechten Zeit. Die meisten Elektrizitätswerke könnten keine Dividende mehr zahlen, vermutlich im nächsten Jahre das RWE. auch nicht mehr. Wo sind denn die Millionen, die wir auf Seite gebracht haben sollen? Ich bin dabei ein armer Mann geworden. Vielleicht habe ich lässig oder aus Torheit gehandelt, aber niemals absichtlich zum Nachteil der Gesellschaft. Dagegen lehne er sich bis zum letzten Tage auf.

Der Angeklagte Fischer

hob hervor, daß die Hälfte seines Einkommens von seinen Kreditentnahmen für sein Jagdhaus in Liesborn und für Darlehen und Unterstützungen an Freunde, Bekannte und Verwandte verwandt worden sei, nicht aber für Spekulationen. Zum Schluß sagt der Angeklagte: „Ich habe nie das Gefühl gehabt, etwas Unmoralisches oder Strafbares getan zu haben".

Auf die Frage des Vorsitzenden nach ihren jetzigen Lebensverhältnissen erwidern beide Angeklagten, daß es ihnen durch diesen Prozeß unmöglich gemacht worden wäre, eine andere Position zu finden.

Die Verhandlung wurde sodann auf Mittwoch vertagt. Um 11½ Uhr rechnet man mit der Urteilsverkündung.

Eine Goethe-Medaille der französischen Staatsmünze



Die Rückseite der Medaille, die die Szene zwischen Faust und Helena aus dem zweiten Teil des großen Goetheschen Werkes schildert, wobei Faust in voller Ritterrüstung dargestellt ist. Die französische Staatsmünze bringt jetzt nach dem Entwurf des Bildhauers Raoul Bernard eine Goethe-Medaille heraus, um den großen deutschen Dichter zu ehren.

Die Ehefrau mit einer Schere erstochen

Sie war auf den Mann mit dem Messer losgegangen

Vormittags gegen 9 Uhr kam es in der Jaestraße 9 im Dortmunder Norden zwischen dem erwerbslosen Bauarbeiter Emil Prengel und seiner Ehefrau zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf der Ehemann eine Schere ergriff und seiner Frau einen Stich in die Brust beibrachte. Die Frau brach blutüberströmt zusammen und starb, ehe ihr Hilfe gebracht werden konnte. Der Täter wurde von der Polizei festgenommen.

Wie verlautet, soll die Frau öfters Umgang mit anderen Männern gehabt haben. Dem Täter wird das denkbar beste Zeugnis ausgestellt. Wie es weiter heißt, soll die Frau auf ihren Mann mit einem Messer losgegangen sein. Die Mordkommission ist noch mit der Untersuchung beschäftigt.

Mülheim (Ruhr). Der Gashahn hatte sich geöffnet. Eine in der Aktienstraße wohnhafte 72 Jahre alte Witwe wurde in ihrem Bett durch Leuchtgas vergiftet tot aufgefunden. Die Witwe hat, bevor sie sich abends zur Ruhe begab, noch den Herd geputzt und hierbei einen kleinen auf dem Küchenherd stehenden Gasherd auf den Fußboden gestellt. Durch irgend eine unvorsichtige Handhabung wird sie unbemerkt den Gashahn geöffnet haben und ist dann nachts in ihrem Schlafzimmer von dem ausströmenden Gas getötet worden. Die Verstorbene bewohnte allein eine Zweizimmerwohnung und die Hausbewohner wurden erst am folgenden Morgen durch den Gasgeruch aufmerksam.

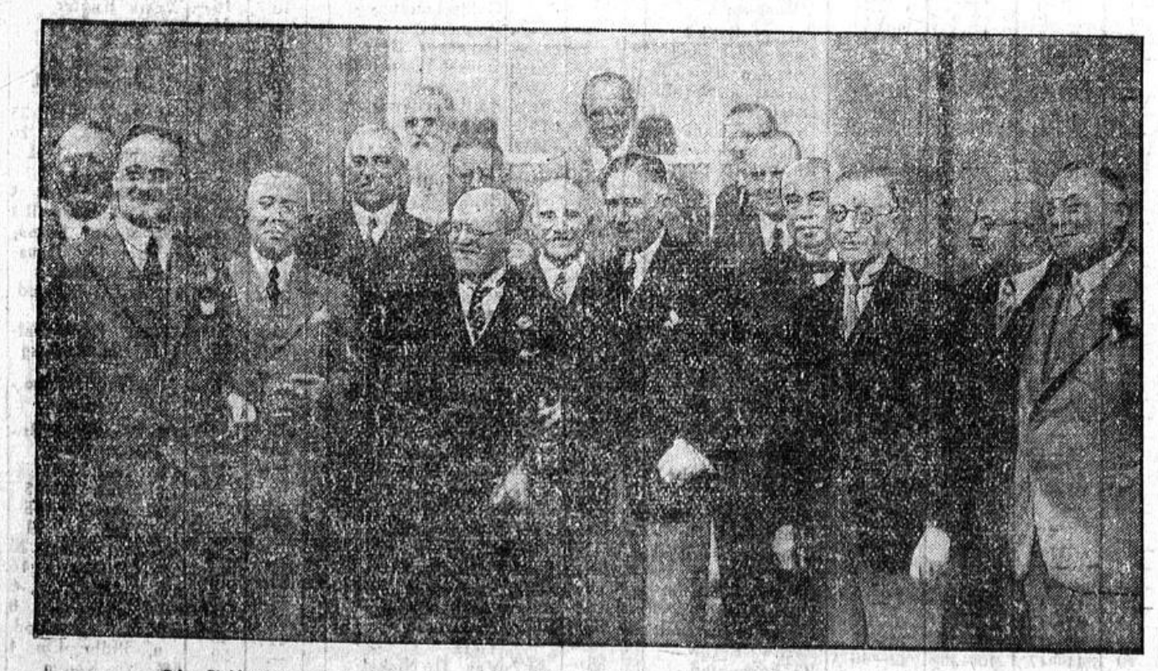
Wuppertal. Das Ergebnis der Sammlung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, die im November 1931 in Rheinland stattfand, liegt nunmehr vor. Danach wurden insgesamt 66 694,22 RM. innerhalb der Rheinprovinz aufgebracht. An erster Stelle steht mit der Sammlung der Regierungsbezirk Düsseldorf mit 22 455 RM., dann folgen Köln mit 15 116 RM., Aachen mit 12 545 RM., Koblenz mit 10 849 RM. und Trier mit 5727 RM.

Doppelverdienerin und dennoch 45 000 RM. unterschlagen

1 Jahr Gefängnis ist nicht zuviel

Eine Buchhalterin aus Gladbach-Rheydt, die seit neun Jahren in den Diensten der Firma Pferdemenges & Herren A.-G. stand und das volle Vertrauen ihrer Chefs genoß, hat im Laufe der Zeit 45 497 Mark unterschlagen. Die Veruntreuungen verschleierte sie durch falsche Additionen im Lohnbuch, die bisher nicht aufgedeckt wurden, weil die Kontrolle nur sehr flüchtig vorgenommen worden war. Die Verfehlungen wiegen um so schwerer, als die ungetreue Angestellte ein gutes Gehalt bekam und außerdem mit einem Gemeindesekretär verheiratet ist, so daß das Ehepaar über ein doppeltes Einkommen verfügte. Etwa die Hälfte der unterschlagenen Summe will die Angestellte zum Kauf von Möbeln und ihrer Aussteuer verwandt haben; mit dem Rest will sie Verwandte unterstützt haben. Das Schöffengericht verurteilte die Frau zu einem Jahr Gefängnis.

Die Konferenz der Länderminister in Stuttgart



Die Teilnehmer der Konferenz auf der Freitreppe des Palais Reitzenstein in Stuttgart.
Von rechts nach links: Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer, Reichsinnenminister v. Gayl, Staatsminister Bazille (Württemberg), Reichskanzler v. Papen, Ministerpräsident Dr. Held (Bayern), dahinter Staatspräsident Dr. Schmitt (Baden), ganz links Staatspräsident Dr. Adelung (Hessen)

Das Fest der Sänger

Aus Frankfurt a. M. wird uns zu dem

Festzug zum 11. Deutschen Sängerbundfest

noch geschrieben: Es war ein unvergeßliches Erlebnis nicht nur für die Zugteilnehmer, sondern auch für die vielen Hunderttausende, die ihn als Zuschauer miterlebten. Sänger und Publikum verband ein gewaltiges Bekenntnis zum deutschen Lied und zur deutschen Einheit und Einigkeit. Unbeschreiblicher Jubel scholl namentlich den auslandsdeutschen Vereinen entgegen, die überaus stark im Festzug vertreten waren. Der Vorbeimarsch dauerte fünf Stunden, und als die letzten Gruppen das Endziel erreichten, war die Dämmerung bereits hereingebrochen.

Schon Stunden vor Beginn des Festzuges waren die Straßenzüge, die der Festzug passieren sollte, dicht besetzt. Aus dem ganzen Rhein- und Main-Gebiet waren Tausende und Abertausende mit den frühen Morgenstunden mit der Eisenbahn, Lastautos und vielfach auch zu Fuß herangeströmt. Man darf die Zahl der

Zuschauer auf eine halbe Million schätzen.

Der Festzug bestand aus acht Gruppen und wurde eröffnet durch einen historischen Teil, der die Entwickelung des deutschen Liedes unter Berücksichtigung des Chorgesanges zeigte

Als Abschluß fand eine große

Kundgebung im Palmengarten

statt, die von der Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Ausland veranstaltet wurde.

Viele hundert Auslandsdeutsche

waren zu dieser Kundgebung erschienen, in erster Linie die Sänger aus Amerika, Polen, Danzig und in besonders großer Anzahl die Siebenbürger Sachsen. Auslandsdeutsche von Ruf hielten Ansprachen, in denen sie gelobten, treu für die deutsche Sache im Ausland sich einzusetzen. Admiral Seebohm, der stellvertretende Vorsitzende des Hauptvorstandes des VdA. hob in einer Ansprache die innere Verbundenheit der In- und Auslandsdeutschen hervor. Die Veranstaltung bildete einen würdigen Abschluß des in allen Teilen glänzend verlaufenen 11. Deutschen Sängerbundes-Festes.

*

Die deutschen Sänger am Deutschen Eck

Mit sechs Dampfern trafen am Montagnachmittag die Teilnehmer an dem 11. Deutschen Sängerfest in Koblenz ein, wo sie von einer vielhundertköpfigen Zuschauermenge begrüßt wurden. Am Deutschen Eck fand eine eindrucksvolle Kundgebung statt. Oberbürgermeister Rosendahl sagte in seiner Ansprache, man versammle sich zu einer Zeit, in der tiefe Wolken den politischen Himmel verdunkeln. Auf die Fahnen der Sänger habe man jedoch die Pflege des deutschen Liedes geschrieben und damit die Pflege des wohlverstandenen Deutschtums. Er glaube, in ihrem Sinne zu sprechen, wenn er sage, daß die Worte Max von Schenkendorfs „Nimmer wird das Reich zerstört, wenn ihr einig seid und treu" in dieser Feierstunde Herz und Sinn erhebe. Begeistert stimmte die Menge in das Hoch auf das Vaterland ein und sang das Deutschlandlied.

Der Präsidentenmörder Gorguloff vor Gericht



Paul Gorguloff

Aus Paris, 25. Juli, wird gemeldet: Der Prozeß gegen Gorguloff, den Mörder des Präsidenten der Republik, hat begonnen. Etwa 100 ausländische und französische Journalisten sind zum Prozeß erschienen.

Bevor der Präsident dazu übergeht, den Angeklagten über seine Tat zu befragen, ermahnt er das Publikum zur Ruhe. Das sei die einzige Art, dem großen Bürger, den Frankreich verloren habe, Paul Doumer, eine letzte Ehre zu erweisen.

Gorguloff

beginnt in unzusammenhängenden Sätzen über das Attentat und seine politische Auffassung zu sprechen. In Rostow am Don sei er unter dem Namen Koskoi Schauspieler gewesen, während er unter dem Pseudonym Paul Brede Bücher veröffentlicht habe. Niemals habe er Beziehungen zu den Bolschewisten unterhalten. Er habe mit Bayern Verbindung gesucht; er habe aber keine Politik getrieben. Er sei niemals Anhänger der Monarchie gewesen, denn der Monarch habe sein Vaterland verraten.

Der Vorsitzende erklärt, ein Kosak Lazarew habe in der Voruntersuchung ausgesagt, Gorguloff ein Agent der Tschela gewesen sei, und daß er von Gorguloff, der damals den Namen Mongoll geführt habe, mißhandelt worden sei.

Gorguloff erklärt: „Das ist gelogen!" Lazarew sei ein Spitzel, ein Agent der Monarchisten. Er sei Idealist. Er wolle seine Seele nicht verkaufen. Aber Zeugen wie Lazarew seien eben Spitzel. Er fühle, daß sein Leben beendet sei. Er wolle auch nicht weiter leben.

Auf seine Flucht aus Rußland hingewiesen, erklärt der Angeklagte: „Jawohl, ich habe die Grenze während einer Nacht überschritten. Die Notgardisten haben auf mich geschossen, mich aber nicht getroffen. Ich bin dann nach Warschau gegangen und habe dort mit russischen Demokraten verkehrt. Ich habe in Polen meine Studien fortgesetzt."

Vom Vorsitzenden wird dem Angeklagten u. a. vorgehalten, daß in Prag verschiedene Frauen Klagen gegen ihn eingeleitet hätten, weil er sie unter dem Vorwand, das Geld für eine Operation zu brauchen, um ihr Vermögen gebracht habe. Gorguloff ruft dazwischen: „Das ist ein monarchistisches Komplott. Alles ist gegen mich verschworen."

Als die Gründung von Gorguloffs „Grüner Partei" besprochen wurde, versuchte der Angeklagte, mit einem Manuskript in der Hand eine Rede an das Publikum zu halten, wird aber schon bei den Worten: „Höre mir zu, Frankreich" vom Vorsitzenden unterbrochen. Gorguloff erzählt dann, er habe die „Grüne Partei" mit 30 Anhängern gegründet, alle 30 aber habe er ausstoßen müssen, weil sie ihn sämtlich verraten hätten. Weiter berichtet er über sein Leben in Frankreich und seine vierte Ehe mit einer Schweizerin, die ihm 40 000 Frank Mitgift brachte. Einen Teil dieses Vermögens, 10 000 Frank, gibt er zu, im Kasino von Monte Carlo verspielt zu haben.

Die Vernehmung wurde noch nicht zu Ende geführt. Die Sitzung wurde vertagt.

Der Wahlkampf

Dr. Brüning an der Ruhr

Reichskanzler a. D. **Dr. Brüning** sprach gestern in **Dortmund.** Er sagte u. a., sein Kampf gelte der Wiedereinsetzung der Staatsautorität. Er habe einmal die Absicht gehabt, mit der Rechten zu regieren, die ihm aber im entscheidenden Augenblick die Hilfe versagt habe. Er habe in der Außenpolitik die Wege so geebnet, daß ein Erfolg seiner Regierung in der Reparationsfrage sicher gewesen wäre. Er habe die Innenpolitik so eingestellt, daß es möglich gewesen wäre, in Preußen ein Kabinett mit der Rechten zu bilden. Dann hätten Reich und Preußen zusammengestanden. Der Szenenwechsel in Deutschland sei im ungeeignetsten Augenblick erfolgt. Wie der Weg aus dem Dunkel heraus aussehe, wisse heute niemand. Es sei unmöglich, eine Besserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen, wenn man sich in Experimenten politischer Art ergehe. Brüning sagte am Schluß seiner Rede u. a.: Wir sind bereit, mit allen Teilen der Bevölkerung zusammenzuarbeiten, die der Ueberzeugung sind, daß das Christentum zu einem verantwortlichen Dienst am deutschen Vaterlande auserkoren ist.

Im Tussstadion zu **Bochum** wandte sich **Dr. Brüning** gegen Pressekommentare über das Ergebnis von Lausanne, in denen verschleiert behauptet worden sei, daß er an den Ergebnissen von Lausanne irgendeine Mitverantwortung trage. Er betonte mit erhobener Stimme, daß er nie ein Angebot von vier Milliarden gemacht habe, und daß auch niemals sein Vermittler dazu autorisiert worden sei, ein solches Angebot zu machen. Vierzehn Jahre seien notwendig gewesen, um wenigstens zu einem Resultat zu kommen. Jahre der Opfer, so sagte Dr. Brüning, in denen wir in die Verantwortung gehen mußten, weil sie niemand übernehmen wollte. Der Redner betonte u. a. weiter, daß das politische System mit der Lage der Wirtschaft nichts zu tun habe. Dieses politische System sei unverantwortlich für die Tatsache, daß viele Führer der Wirtschaft bei ihren Maßnahmen die wirklich vorhandene wirtschaftliche Lage nicht richtig eingeschätzt hätten. Das System sei auch nicht dafür verantwortlich, daß es zu einer Bankenkrise gekommen sei, auch nicht dafür, daß die Wirtschaft in den letzten Jahren in so schwierige Lage geraten sei. Das Zentrum werde den von ihm eingeschlagenen Weg ohne Rücksicht auf Verleumdung und Verhetzung weiter gehen.

Schacht an Brüning

Dr. Schacht hat aus Lindow (Mark), 25. Juli, folgenden Brief an den früheren Reichskanzler Dr. Brüning gerichtet:

„Nach Zeitungsnachrichten vom 19. d. M., die Sie trotz meines Telegramms an Sie nicht berichtigt haben, haben Sie in einer Rede in Freiburg i. Br. geäußert, daß es

„dem Herrn Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Paris und später gelungen sei, der deutschen Regierung und dem deutschen Volke wider seinen Willen den Youngplan aufzuzwingen."

Jeder Mann in Deutschland weiß, daß die deutsche Reichsregierung bereits fünf Wochen vor der Unterzeichnung einhellig (also einschließlich der Zentrumsminister) auf Annahme des Youngplanes gedrängt hat. Jeder Mann weiß, daß die Presse derjenigen Parteien, die Ihre zweijährige Kanzlerschaft gestützt haben, bereits seit Mitte der Pariser Verhandlungen mir in den Rücken gefallen ist. Jeder Mann weiß, daß ich gegen die Ratifizierung des Youngplanes durch das Haager Schlußprotokoll den schärfsten Kampf geführt und schließlich aus Protest mein Amt als Reichsbankpräsident niedergelegt habe. Sie haben sich also mit Ihren Freiburger Ausführungen der bewußten Unwahrheit schuldig gemacht.

Nach den gleichen Zeitungsnachrichten haben Sie unter Bezugnahme auf mich hinzugefügt,

„solche Persönlichkeiten täten besser, sie würden bescheiden aus der Oeffentlichkeit verschwinden."

Nach der Ratifizierung des Haager Protokolls und des Youngplanes durch Sie und Ihre Partei haben Sie zwei Jahre lang immer wieder versucht, mich zur öffentlichen Mitarbeit heranzuziehen. Sie haben mich während meiner amerikanischen Aufklärungsreise über den Youngplan telegraphisch Ihres Vertrauens versichert, Sie haben mich nach meiner Rückkehr wiederholt zu stundenlangen politischen Aussprachen gebeten, Sie haben mich im Juli 1931 als Berater im Reichskabinett hinzugezogen, Sie haben mich dringend gebeten, die unter Ihrer Politik entstandene Bankenkrise zu bereinigen, Sie haben mich noch Ende September um Uebernahme einer besonderen politischen Auslandsaufgabe gebeten und jetzt diese Aeußerung! Das ist selbst für einen Parteipolitiker allerhand, Herr Brüning!

gez. Dr. Hjalmar Schacht."

Kleine polit. Nachrichten

Das Karl-Liebknecht-Haus in Berlin vorübergehend polizeilich besetzt

Aus Berlin, 25. Juli, meldet das Contibüro: Das Karl-Liebknecht-Haus wurde heute nachmittag von der Polizei besetzt. Wie wir hierzu erfahren, handelt es sich um eine vorübergehende polizeiliche Maßnahme, da man versucht hatte, in die im Karl-Liebknecht-Haus liegenden, von der Polizei geschlossenen Räume der City-Druckerei, in der bekanntlich auch die kommunistische Zeitung „Rote Fahne" gedruckt wird, einzudringen. Sobald die Sicherung der von der Polizei geschlossenen Cityräume genügend gewährleistet ist, sollen die übrigen Räume des Gebäudes wieder freigegeben werden.

Austritt der italienischen Delegation aus der Interparlamentarischen Union

Aus Genf wird berichtet: Die italienische Gruppe der Interparlamentarischen Union hat ihren Austritt aus der Union erklärt. Zu Beginn der Montag-Sitzung gab der Präsident einen Brief der italienischen Gruppe bekannt, worin diese erklärt, daß sie ihren Austritt vollziehen müsse, da die Union ihr nicht die geforderten Genugtuungen geleistet habe.

Ein Opfer des fehlenden Fremdenverkehrs

Aus Bern wird berichtet: Die Banque de Montreux ist infolge der gegenwärtigen Lage des Fremdenverkehrs in Schwierigkeiten geraten und hat die Gewährung eines Moratoriums beantragt. Der Geschäftsbetrieb der Bank wird von der Staatsbank des Kantons Waadt übernommen und weitergeführt.

Bolivien mobilisiert!

Aus La Quiaza, einer Stadt an der Grenze von Argentinien und Bolivien, wird gemeldet, daß die bolivianische Regierung die Jahrgänge 1930 und 1931 unter die Waffen gerufen hat.

Forderungen der ostoberschlesischen Bergbauarbeiter

Aus Kattowitz, 25. Juli, wird berichtet: Ein Betriebsrätekongreß der Bergbauarbeiter, der von etwa 250 Delegierten beschickt war, forderte in einer Entschließung die Sozialisierung der zuletzt stillgelegten großen Bergwerke. Weiter nahm die Konferenz gegen die Haltung des Demobilmachungskommissars in Fragen von Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen Stellung. Der Kommissar hätte die Interessen der Arbeiterschaft nur oberflächlich vertreten. Ferner forderte die Konferenz, daß die Kommission, die nach Einreichung von Stillegungsanträgen der Bergwerke zur Prüfung berufen wird, auch von Vertretern des zuständigen Betriebsrates und der vereinigten Bergarbeitergewerkschaften beschickt werden soll.

v. Gronaus Flug

Der deutsche Ozeanflieger v. Gronau ist am Sonntag gegen 19 Uhr Greenwicher Zeit mit seinem Dornier-Superwal in Ivigtut wohlbehalten angekommen. Die Bevölkerung bereitete ihm einen begeisterten Empfang.

Nach einer Meldung der Associated Preß aus Ottawa ist von Gronau am Montag um 16 Uhr (MEZ.) in Ivigtut mit Kurs auf Cartwright an der Küste Labradors gestartet.

Santos Dumont gestorben

In Rio de Janeiro ist Luftschiffer Santos Dumont gestorben.

Alberto Santos Dumont war am 25. Juli 1873 in Sao Paulo in Brasilien geboren, wo sein Vater eine Kaffeeplantage besaß. Er machte schon früh Versuche mit der Herstellung eines lenkbaren Luftballons und siedelte deshalb nach Paris über. Nach anfänglichen Mißerfolgen gelang ihm endlich der Bau eines 600 Kubikmeter fassenden Prallluftschiffes, mit dem er am 19. Oktober 1902 einen Flug um den Eiffelturm ausführte. Mit diesem Fluge gewann er den von Henry Deutsch ausgesetzten Preis von 10 000 Frank. Der brasilianische Kongreß ehrte ihn als Anerkennung für seine Verdienste um die Luftschiffahrt durch eine Belohnung von 5000 Pfund Sterling. Später wandte sich Santos Dumont mehr dem Bau von Flugzeugen zu. Obwohl hier seine Erfolge von anderen Erfindern weit übertroffen wurden, ist er doch einer der ersten gewesen, der einen eine wandfreien Flug mit dem Flugzeug vollführte. Im Jahre 1906 gelang ihm der erste Luftsprung mit dem Flugzeug über 50 Meter und dann der erste Flug von 21 Sekunden über 200 Meter. Später ist er in der Oeffentlichkeit mit besonderen Flugleistungen nicht mehr hervorgetreten.

Letzte Drahtnachrichten

Der „glatte Mißerfolg" der Abrüstungskonferenz festgestellt von der Interparlamentarischen Union

In der Sitzung der Interparlamentarischen Union nahm die deutsche Delegierte, **Frau Reichstagsabgeordnete Teusch,** in bemerkenswerten kritischen Ausführungen zu der Abrüstungs- und Sicherheitsfrage Stellung.

Die Entschließung des Hauptausschusses könne von dem deutschen Volke nicht als eine erste Etappe auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung angesehen werden. Zur Herbeiführung der Sicherheit sei nicht nur die allgemeine Abrüstung notwendig, sondern auch der Ausbau des Völkerbundspaktes im Sinne des Artikels 11 und unter Anwendung des Artikels 19, der von der Revision der unhaltbar gewordenen Verträge handelt. Die dauernde Diskriminierung auf dem für die Souveränität der Staaten und für ihre Sicherheit so entscheidenden Gebiete der Landesverteidigung sei für Deutschland untragbar. Frau Teusch beantragte, in die der Interparlamentarischen Union vorgelegte Entschließung zur Sicherheits- und Abrüstungsfrage einen Passus aufzunehmen, in dem ausdrücklich auf die Artikel 11 und 19 (Revision) des Völkerbundspaktes Bezug genommen wird.

Sehr eindrucksvoll legte Frau Teusch auch den deutschen Standpunkt zur Sanktionsfrage dar. Sie betonte, daß infolge der einseitigen Abrüstung eine Anwendung des Sanktionsverfahrens zwar gegen die abgerüsteten Staaten, nicht aber gegen die noch hochgerüsteten Staaten denkbar sei.

Bemerkenswert war in der weiteren Beratung die Feststellung des Vorsitzenden der französischen Gruppe, Senators **Merlin,** der ebenso wie der belgische Delegierte de Brouquere erklärte, daß die Abrüstungskonferenz bis jetzt einen glatten Mißerfolg darstelle.

Im Ueberwachungsausschuß

erklärte der Reichskanzler gegenüber einer Bemerkung des Abgeordneten Ersing (Zentr.), es bestehe keinerlei Anlaß, anzunehmen, daß die jetzige Reichsregierung dem nationalpolitisch so wichtigen und ausschlaggebenden Werk der Siedlung weniger Interesse als andere Regierungen entgegenbringe; im Gegenteil werde sie ihr ganzes Interesse darauf richten, es vorwärts zu treiben.

Die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten, die Notverordnung über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung außer Kraft zu setzen, wurden angenommen, ebenso ein Zentrumsantrag, der die Reichsregierung ersucht, die in der Notverordnung enthaltenen schweren Härten und sozialen Ungerechtigkeiten sofort zu beseitigen und das von der Regierung Brüning fertig vorbereitete große Siedlungsprogramm unverzüglich durchzuführen.

Die Erledigung der weiteren Tagesordnung wurde zurückgestellt.

Der Vorsitzende erklärte, daß mit der Tagung die Arbeiten des Ausschusses nicht beendet seien. Die Mitglieder müßten sich jeden Tag und jede Stunde bereit halten, telegraphisch zusammenberufen zu werden, da der Ausschuß gewissermaßen in Permanenz tage. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß der Ausschuß vor den Wahlen noch einmal zusammentritt.

Weitere Verwaltungsvereinfachung in Anhalt

Das Anhaltische Staatsministerium veröffentlicht die zweite Notverordnung, die zwecks durchgreifender Vereinfachung der Verwaltung die stark versplitterten örtlichen Dienststellen — Kreisdirektionen, Kreisärzte, Kreisschulaufsichten, Bau-Verwaltung — zu neuen Behörden zusammenfaßt, an deren Spitze ein Landrat steht.

Gorguloff vor Gericht

Aus Paris wird gemeldet: Vor Beendigung seiner Vernehmung gab der Angeklagte Gorguloff eine längere Erklärung ab, in der er betonte, daß sein Attentat eine große Proklamation und ein Protest von 150 Millionen russischen Bauern sei, die man zu Zwangsarbeiten verurteilt habe. Es sei fürchterlich, daß die Welt die Sowjets handeln lasse. Er habe die Idee gehabt, ein Bündnis mit der französischen Republik gegen die Sowjets zustande zu bringen; aber Frankreich habe seine Idee verachtet.

Auf die Frage des Verteidigers, ob er denn eine Eingabe an die französische Regierung gemacht habe, antwortet Gorguloff: „Nein". Sein Mienenspiel zeigt, daß er überrascht ist, weil er nicht daran gedacht hat.

Georg Schmerbach
Alma Schmerbach
geb. Bauts

Vermählte

Lohne, den 26. Juli 1932.

Die Ferienwaldfahrten beginnen!

am Mittwoch, dem 27. Juli.

Die **Reichspost** veranstaltet Mittwochs u. Samstags die schönen und billigen Ausflüge in den Wald und zum See. Abfahrt 14 Uhr.

Nochmals verbilligte Preise.

Erwachsene 80 Rpf. Kinder (alle Schüler) 50 Rpf.

Denken Sie daran, daß am 1. August die selten schöne und abwechselungsreiche 6tägige Ferienfahrt zum Harz, nach Leipzig und durch Thüringen beginnt. Preis einschl. Abendessen, Uebernachtung, Frühstück mit Bedienung 50.— R.M.

Zwangsversteigerung

Am Mittwoch, dem 27. Juli 1932, 10½ Uhr, werde ich im Versteigerungslokal in Büninghausen b. Wirt Diekmann:

1 Schreibtisch,

anschließend um 11 Uhr in Vellinghausen b. Wirt Teimann:

1 Dogkart, 1 Grammophon, 1 Nähmaschine, 1 Damenschreibtisch, 1 Sofa, 1 Vertikow,

anschließend in Dinker b. Wirt Wiemer, um 12 Uhr:

2 Schweine, 1 Drogenschrank, 1 Waschkommode,

anschließend um 13 Uhr in Welver b. Wirt Fröhlich:

1 Ausziehtisch, 1 Geldschrank,

anschließend um 14 Uhr b. Wirt Griesenbrock in Welver:

1 Klavier, 1 Büfett, 1 gr. Spiegel u. a. m.

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Klapp,
Gerichtsvollzieher in Soest.

Bekanntmachung

Der Landwirt Karl Camen aus Opmünden ist als Schiedsmann wiederverpflichtet, und der Hauptlehrer Krawinkel aus Hultrop neuverpflichtet worden.

Soest, den 22. Juli 1932.

Der Landrat.

Bekanntmachung

Amt Werl, 25. Juli. Für die Gemeinden des Amtes Werl (mit Ausnahme von Wickede, Wiehagen und Schlückingen) findet die Tuberkuloseberatung am Donnerstag, dem 28. Juli ds. Jhs., von 15—17 Uhr im Mariannenhospital in Werl statt.

Bekanntmachung

Die Entwürfe der Haushaltspläne für 1932 der Gemeinden **des Amtes Borgeln-Schwefe** liegen gemäß § 46 Absatz 2 der Landgemeindeordnung und § 12 der Kassenanweisung vom 1. Dezember 1931 **vom 25. Juli 1932 ab 14 Tage lang** im Amtsbüro, Zimmer 3, öffentlich aus.

Soest, den 23. Juli 1932.

Namens der Gemeindevorstände:
Der Bürgermeister:
Tacke.



Möbl. Zimmer
mögl. mit voll. Pens. zum 1. Aug. gesucht. Ang. unter Nr. 4009 an die Gesch.

Fruchthof.
Waldbeeren
heute billig im Korb
Pfd. 25 Pfg.
A. F. Sohl, Ruf 934.

Nordseebad Borkum

Kurhaus Kaiserhof u. Köhlers Strandhotel — Besitzer: Otto Kämpfer.

Die ersten Häuser - Direkt am Strande - Fließ. kalt. u. warm. Wasser - Zentralhzg, Fahrstuhl, jegl. Komfort - Pension Köhlers Strandhotel v. 6,— an, Kurhaus Kaiserhof von 6,50 an.

Benutzen Sie noch diese Woche
die günstige Kaufgelegenheit
in unserem

Saison-Schluß-Verkauf!

Doppelte Rabattmarken.
Gebr. Weimann.

Zurück!

Dr. med. Holtzwart.

20% unter Vorkriegspreis



stehen trotz der bisherigen allgemein anerkannten überragenden Qualität die Konservengläser u. Sterilisierapparate

Weltmarke WECK.

Alle Zubehörteile für Einmach- und Einkochzwecke:

Zur Weinbereitung: Korbflaschen, Gärröhrchen, Abfüllschlauch.

FRANZ KERSTIN.

Achtung.

Der Rundfunk ist jetzt bedeutungsvoller denn je. Kaufen Sie noch heute einen Netzempfänger von

Hans Wohlfahrt,

Bad Sassendorf i. W., Installation für Elektrizität, Gas Wasser und sanitäre Anlagen, Klempnerei, Telefon Soest 560. Fabrikneue Netzempfänger von Mk. 58.— an.

Billiges unkündbares Geld

zur Hypothekenablösung, Bau und Kauf eines Hauses. Volle Auszahlung. Kostenlose unverbindliche Beratung. Anfragen unter Nr. 4007 an die Geschft. ds. Ztg.

Suche gegen Kassazahlung

1 Gut

v. ca. 100—150 Morgen zu kaufen.

Offert unt. Nr. 4017 an die Gesch.



Oberwinter
hinterm Rathaus.

Jg. Mädchen sucht
Lehrstelle
im Damen-Friseur-Salon. Ang. unt. Nr. 4016 an die Gesch.

Leistungsfähiger Lebensmittelbetrieb
sucht
zum Besuch der Privatkundschaft für
Soest
und
Umgegend
2 rührige
Verkäuferinnen
für regelmäßige Touren zu sofort. Nur ehrliche zuverlässige Personen mögl. aus der Branche wollen sich melden unt. Nr. 4019 an die Gesch.

Von Mittwoch bis Freitag
in extra dicker Eispackung:
Ia Schellfisch kopflos,
Ia Cableau kopflos,
Ia Goldbarsch kopflos
Ia Fischfilet
Ia Bratschellfisch,
feinste gro Matjesheringe
Stück 10 Pfg.,
Neue große Vollheringe
mit Milch u. Roggen
Stück 10 Pfg.
und noch 5 Proz. Rabatt.
Curt Stolper, Soest
und Filialen.

Ia.
Schmiedesensen
Sensenbäume, Streichen u. Wetzsteine, Schleifsteine für Mähmaschinenmesser, Sensenschützer, Handschlepprechen, Viehmaulkörbe, Fliegennetze
von
Oberwinter
hinterm Rathaus.

Einschl.
Eisenbett mit Matratze
zu kaufen gesucht.
Zu erfr. in d. Gesch unter Nr. 4015.

Dixi
3/15 offen fast neu zu verkaufen.
Off. an die Gesch. u. Nr. 4018,

Nachruf.

Am 22. Juli verschied plötzlich und unerwartet infolge Unglücksfalles unser langjähriger

Maschinist

Herr Adolf Diemel,

Neuengesekerheide.

Durch überaus große Pflichttreue, Ehrlichkeit und seinen Fleiß genoß er unser wie seiner Kundschaft vollstes Vertrauen. Seinen Mitarbeitern war er ein treuer Freund und Kollege.

Ueber sein Grab hinaus wird ihm ein ehrendes Andenken bewahrt bleiben.

Gebr. Rubarth, Maschinenfabrik,
Altengeseke.

Miele

die bekannte Elektro-Waschmaschine,

deren günstiger Preis es gestattet, in jedem Haushalt elektrisch zu waschen,

jetzt schon für
RM 155.- 80 Liter Inhalt
RM 160.- 100 " "

mit dem neuen

Miele Anwurf-Motor
zum Anschluß an die Lichtleitung eines Wechselstromnetzes

lieferbar.

Stromverbrauch am Waschtag 20-30 Pfg.
Auf Wunsch Ratenzahlung.

Zu haben in den Fachgeschäften.

Mielewerke A.G., Gütersloh/Westf.
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands.



Ich sage Ihnen
es gibt kein besseres Hausmittel um die Altersbeschwerden fernzuhalten als **„Neda"** Knoblauch-Tabletten. Die Wirkung ist wunderbar.
40 Tabl. Mk. 0,90
100 Tabl. Mk. 1.80
Knoblauch-Zwiebelsaft
Flasche Mk. 1,60
Drogerie
Giesenbauer
Neben d. Deutsch. Bank. Ruf 962.

Zum Einmachen

empfehle:

Ia. Moselweinessig	Ltr. 35 Pfg.
Ia. Kräuteressig	Ltr. 25 Pfg.
Ia. Essig-Sprit	
Ia. Essig-Essenz, braun und weiß Flasche 60 Pfg.	
Ia. Salizylpapier	3 Rollen a 2 Bogen nur 40 Pfg.
Ia. Cellophanpapier	Rolle 25 Pfg.
Ia. Plattenraffinade	Pfd. 44 Pfg.
bei großen Paketen	a Pfd. 42 Pfg.
Ia. Zucker, grob und fein	

ferner:

Ia. Einmachhülse, Einmachgewürze, Senfsaat, Ingwer, Pfeffer, Nelken, Canehl, Korken und Bindfaden

mit 5 Proz. Rabatt.

Curt Stolper,
Soest und Filialen.

